

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
Fernsprecher: Amt F 8 Oberbaum 9491

Berlin, den 22. August 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

315 000 Gemeindearbeiter und Straßenbahner im Abwehrkampf

Die Verhandlungen des Gesamt-Verbandes — Reichs-
abteilungen A und D — mit dem Reichsverband
kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeber-
verbände Deutschlands sind gescheitert. Die Arbeitgeber
fordern restlose Angleichung der Löhne der Gemeindear-
beiter und Straßenbahner an die Stundenlohnsätze der Reichs-
arbeiter. Der Gesamt-Verband war bereit, eine Abgeltung der
Notverordnung zu vereinbaren unter der Voraussetzung, daß die so
geschaffene tarifliche Vereinbarung für längere Zeit Geltung
haben soll. Der Reichsarbeitgeberverband hat eine solche tarifliche
Regelung abgelehnt und am 13. August 1931 einseitig den Abbau
der Gemeindearbeiterlöhne dekretiert. Der Gesamt-Verband hat
seine Mitglieder gegen dieses Diktat des Reichsarbeitgeber-
verbandes mobilisiert. Der Gesamt-Verband befindet sich im
Abwehrkampf und fordert von seinen Mitgliedern und seinen Orts-
verwaltungen allerstrengste Disziplin.

Der Gesamt-Verband hat vom ersten Tage des Erscheinens der
Notverordnung bis zur heutigen Stunde diese die Arbeitnehmer der
öffentlichen Betriebe einseitig auf das schärfste belastende Ver-
ordnung bekämpft. Seine Vertreter haben in Wort und Schrift
keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie der Anwendung der Not-
verordnung auf die Gemeindearbeiter den schärfsten Widerstand
entgegensehen werden. Mit dem Gesamt-Verband haben ADGB,
und Sozialdemokratische Partei — im besonderen die SPD-Frak-
tion des Reichstages — sich gegen die Durchführung dieser Be-
stimmungen gewandt und in Besprechungen mit Vertretern der
Reichsregierung die Beseitigung dieser Bestimmungen, die einen
Einbruch in das Tarifrecht bedeuten, gefordert.

Nach Kapitel II, § 7, Absatz 4 der Notverordnung vom 5. Juni
1931 sind die Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) berechtigt
und verpflichtet, spätestens mit Wirkung vom 1. Oktober 1931 ab
die Dienstbezüge ihrer Angestellten und die Stundenlohnbezüge
ihrer Arbeiter, soweit sie die Bezüge der entsprechenden Arbeit-
nehmer (Angestellte, ungelernete Arbeiter, angelernte Arbeiter usw.)
im Reichsdienst einschließlich des Dienstes bei der Deutschen Reichs-
post übersteigen, herabzusetzen.

Dieser Teil der Notverordnung — eine Bürokratenarbeit
schlimmster Art — ist an dieser Stelle schon entsprechend gekenn-
zeichnet worden. Sämtliche Organe der Arbeiterbewegung sind
einig in entschiedener Verurteilung dieser Bestimmungen. Bei den
Verhandlungen mit dem Reichskanzler Brüning über notwendige
Abänderungen der Notverordnung hat die SPD-Reichstagsfraktion
diese Frage mit als vordringlich bezeichnet. Der Arbeitsminister
und auch der Finanzminister selbst, dessen Fachreferat die Not-
verordnung entstammt, halten den Einbruch in das Tarifrecht für
untragbar. Der Städtetag wendet sich gegen die Beschneidung der
Selbstverwaltung. Überall Ablehnung und trotzdem Durchführung
dieser die Arbeiter und den Bestand der Gewerkschaften auf das
schwerste gefährdenden Bestimmungen.

Die ersten Besprechungen zwischen den beiden Organisationen
führten bekanntlich zu dem Ergebnis, daß nach der Gründung des
neuen „Reichsverbandes öffentlicher Körperschaften“, die für Ende
August vorgesehen war, die Verhandlungen über die eventuelle
Durchführung bzw. Abgeltung der Notverordnung aufgenommen
werden sollten. Dies war auch insofern erforderlich, da zum
30. September 1931 die Mehrzahl unserer Lohntarifverträge ihr
Ende erreichen. Der Arbeitgeberverband hat seinen Bezirksver-

bänden empfohlen, von einer einseitigen Durchführung der Not-
verordnung Abstand zu nehmen und die Verhandlungen der zen-
tralen Stellen abzuwarten. Trotzdem versuchten einzelne Bezirke
und Städte auszubrechen und die nach ihrer Meinung notwendige
finanzielle Erleichterung durch sofortige Maßnahmen auf Grund
der Notverordnung, d. h. sofortige Lohnsenkung durchzuführen.
Wir haben durch unser Eingreifen diese Schritte verhindert, mußten
uns aber bereit erklären, schon zu einem früheren Termin mit dem
Arbeitgeberverband die Verhandlungen aufzunehmen.

Die in der Mittagsstunde des 11. August begonnenen Ver-
handlungen endeten in den Vormittagsstunden des 12. August
nach fast 20stündigen ununterbrochenen Verhandlungen ohne Er-
gebnis. Wie schon oben bemerkt, forderte der Reichsarbeitgeber-
verband — gestützt auf die Notverordnung — die restlose Durch-
führung dieser Verordnung, die, wie unseren Mitgliedern ja be-
kannt ist, Lohnkürzungen bis zu 28 Pf. für die Stunde, bei Ein-
beziehung der Handwerker- und Betriebszulagen in die Vergleiche
bis zu mehr als 40 Pf. pro Stunde im Gefolge haben müßte. Zeit-
lich forderte der Reichsarbeitgeberverband mit Wirkung ab Lohn-
woche Mitte August Herabsetzung der Löhne der Gemeindearbeiter
und Straßenbahner bis zu 14 Pf. für die Stunde, die sofortige
Angleichung an die Reichsarbeiterlöhne für alle neu einzustellenden
Arbeiter, die Bezahlung der Fürsorgearbeiter, die bisher nach
unseren Tarifverträgen entlohnt wurden, zu den Löhnen des ver-
gleichbaren Reichsarbeiters und die endgültige Durchführung des
§ 7 Ziffer 4 nach Verhandlungen, die spätestens am 10. September
beginnen sollten. Für die Vergleichbarkeit forderte der Arbeit-
geberverband das unter § 1 der unseitig abgedruckten Grundsätze
Enthaltene; außerdem die im Gesetz ausdrücklich ausgenommene
Vergleichbarkeit bezüglich der Anrechnung der Sozialzulagen. In-
Anerkennung der schwierigen Finanzlage der Gemeinden und an-
gefaßt der Tatsache, daß im Oktober sowieso neue Verhandlungen
über die Neuregelung der Gemeindearbeiter- und Straßenbahner-
löhne bevorstehen, war die Verhandlungskommission bereit, unter
der Voraussetzung, daß damit die Bestimmungen der Notverordnung
als abgegolten zu betrachten seien und damit neue tarifliche Lohn-
regelungen für längere Frist abgeschlossen würden, Entgegen-
kommen zu zeigen. Die Verhandler haben den Arbeitgebern fol-
genden Vorschlag unterbreitet:

„Die Parteien empfehlen den Bezirksarbeitgeberverbänden, ab
1. Oktober 1931 Lohnkürzungen zu vereinbaren bis zur Höhe von 4 Proz.
Dabei dürfen die Löhne der Reichsarbeiter nicht unterschritten werden.
Ob und in welchem Umfang Arbeitszeitverlängerungen auf die sich aus
dieser Lohnkürzung ergebende Einkommensverminderung angerechnet
werden sollen, bleibt der bezirklichen Vereinbarung überlassen.“

Die Arbeitgeber haben diesen Vorschlag abgelehnt. Wir haben
bei den Verhandlungen in erster Linie völlige Klarstellung der
Frage, ob die Verhandlungen über Abänderung der Notverordnung,
die zurzeit schweben, abgeschlossen seien, verlangt. Soweit
die Reichsregierung und die einzelnen Ministerien in Frage
kommen, erklärte der Reichsarbeitgeberverband, finden seine Maß-
nahmen die Zustimmung dieser Stellen. Offen blieb die Zusage
Brünings der SPD-Fraktion gegenüber, über Abänderungen der
Notverordnung zu sprechen.

Wir haben bei den Verhandlungen in den Vordergrund gestellt:
1. den Grundsatz tariflicher Abmachungen mit der Maßgabe, daß evtl.
Lohnkürzungen erst bei Ablauf der bestehenden Lohntarifverträge eintreten
dürfen,

2. die Durchführung der Vereinbarung vom 4. Dezember 1930 über die Verlängerung der Arbeitszeit, und
3. den schon oben angeführten Eventualantrag auf Neuregelung der Löhne.

Die Arbeitgeber haben auch diese Anregungen abgelehnt. Im Endergebnis der Verhandlungen war festgestellt:

1. die grundsätzliche Durchführung der Notverordnung in allen ihren Einzelheiten,
2. eine unbedeutende Abänderung der Vergleichsgruppen,
3. bei Neueinstellungen von sogenannten Stammarbeitern Beibehaltung der Tariflöhne,
4. Lohnkürzungen ab Mitte August um 4 Proz.,
5. Fortfall der Frauenzulage vom gleichen Zeitpunkt ab,
6. die Einbeziehung der Dienalters-, Ausgleichs-, Betriebs- und Handwerkerzulagen in die Angleichung. Weiterhin die Feststellung, daß im September über die endgültige Durchführung des § 7 Abs. 4 verhandelt werden sollte.

Unter der Voraussetzung der Zustimmung zu diesem Verhandlungsergebnis gaben die Arbeitgeber Nachstehendes zu Protokoll:

1. Die Parteien sind darüber einig, daß besondere Verhandlungen auf weitergehende Herabsetzung der Löhne in den einzelnen Bezirken auf Grund der angesprochenen Kündigungen von Lohnstarifverträgen nicht in Betracht kommen, solange Vereinbarungen zur Durchführung des § 7 Abs. 4 der Sicherungsverordnung vom 5. Juni 1931 getroffen werden.
2. Der Reichsverband kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände Deutschlands e. V. wird sich dafür einsetzen; daß die volle Angleichung gemäß § 7 Abs. 4 in einer für alle Beteiligten tragbaren Weise vorgenommen werden wird. Insbesondere soll kein besonderes Verfahren zur Durchführung des § 6 Kapitel I, Zweiter Teil der Sicherungsverordnung vom 5. Juni 1931 erfolgen, vielmehr sollen die aus § 6 sich für die Mitglieder der Bezirksarbeitsgeberverbände ergebenden Folgen im Wege der Durchführung des § 7 Abs. 4 einheitlich mit den aus dieser Bestimmung sich ergebenden Maßnahmen erfolgen.
3. Die im § 3 vorgesehene Angleichung erfolgt unabhängig von der Dauer der wöchentlichen regelmäßigen Arbeitszeit.

Besonders bemerkenswert ist die Protokollerklärung zu 3, nach der ausdrücklich festgelegt wird, daß die Angleichung erfolgen solle unabhängig von der Dauer der wöchentlichen regelmäßigen Arbeitszeit, d. h. Arbeitszeitverkürzungen unberücksichtigt bleiben sollen. Der Arbeitgeberverband hat um Beschlußfassung bis spätestens Donnerstag, den 13. August, 8 Uhr. Bei Ablehnung bzw. Nichteingang von Erklärungen würde er einseitige Maßnahmen treffen, deren Ausmaß er sich vorbehalten. Der Verbandsvorstand und die Reichstarifkommission beider Abteilungen haben am Donnerstag, dem 13. August, zu diesem Verhandlungsergebnis Stellung genommen und einstimmig dieses Ergebnis abgelehnt. Die Ablehnung erfolgte aus folgenden Gründen:

1. Die Anwendung ist ein Eingriff in das Tarifrecht.
2. Die letzten Vorschläge des Reichsarbeitsgeberverbandes bedeuten volle Durchführung der Notverordnung in zwei evtl. drei Etappen in kürzester Frist.
3. Die vergleichbaren Lohngruppen sind nicht in gerechter Weise gewählt worden, die Einbeziehung der Handwerker- und Betriebszulagen bei der Berechnung der Differenzbeträge zwischen Reichsarbeiter- und Gemeindegewerkschaften bedeutet eine unerträgliche Mehrbelastung der Arbeiter.

Hierzu ist zu bemerken, daß das Reich für die Reichswehr und Preußen für die Schulpolizei auf die Durchführung der Notverordnung für alle Beamten der Besoldungsgruppen bis zum Hauptmann dergestalt verzichtet haben, daß die Kürzung in Form von Zulagen ausgeglichen wird. Auch der Landgemeindegewerkschaft hat die Anwendung der Notverordnung für die unteren Berufsgruppen abgelehnt. Wir mußten ferner die Angleichung ablehnen, da ein Vergleich der Tätigkeitsgebiete der Reichsarbeiter und Gemeindegewerkschaften unmöglich ist. Nicht vergleichbar sind z. B. die Verwaltungsarbeiter des Reichs mit den Arbeitern der Werke, der Müllabfuhr, der Schlachthöfe, der Straßenbahnen usw. Ferner stehen den einheitlichen Löhnen der Gemeindegewerkschaften in den einzelnen Bezirken durchaus ungleiche Reichsarbeiterlöhne gegenüber (wir verweisen hierbei auf den Artikel „Unmöglichkeiten der Angleichung von Gemeindegewerkschaften nach der Notverordnung“, „Öffentlicher Dienst“ Nr. 32, 8. August 1931).

Auf Vermittlung des ADGB. hat sich das Reichsarbeitsministerium noch am Mittwoch, dem 12. August, mit der Streitfrage beschäftigt. Die Vertreter des Gesamtverbandes und der christlichen Organisation haben am Abend dieses Tages mit dem Reichsarbeitsminister Stegerwald und dem Ministerialdirektor Siller verhandelt. Der Arbeitsminister erklärte sich bereit, erneut mit den Arbeitgebern zu sprechen und ihnen bestimmte Vorschläge zu unterbreiten. Diese Aussprache erfolgte am 13. August vormittags und verlief ergebnislos. Die Arbeitgeber beharrten auf ihren einseitigen Maßnahmen.

Am 13. August hat dann der Reichsarbeitsgeberverband ein Rundschreiben an die Bezirksarbeitsgeberverbände gerichtet, in dem er erklärt, daß der Vorstand seine Verhandlungskommission beauftragt habe, für den Fall des Nichtzustandekommens einer Vereinbarung mit den Gewerkschaften einseitig Grundsätze bezüglich der Angleichung aufzustellen. Die Verhandlungskommission der Arbeitgeber empfiehlt den angeschlossenen Verbänden, angesichts der Entwicklung der öffentlichen Finanzen dringend, die Grundsätze (die wir nachstehend zum Ausdruck bringen), unverzüglich zur Durchführung zu bringen. Bezirksliche Verhandlungen sind aufzunehmen, die — wie der Reichsarbeitsgeberverband mit Recht voraussetzt — zu keinen Ergebnissen führen können. Die Durchführung der Grundsätze durch die Mitglieder der Mitgliedsverbände soll dadurch sichergestellt werden, daß die Durchführung durch Beschlüsse der zuständigen Organe (Bezirksarbeitsgeberverbände) zu einer unter Verbandsstrafe gestellten Mitgliedspflicht gemacht werden.

Grundsätze

für die vorläufige Durchführung des § 7, Absatz 4 der Sicherungsverordnung vom 5. Juni 1931.

(Gemäß Beschluß des Vorstandes des RAB. vom 22. Juli 1931 und Beschluß der vom Vorstand hierfür eingesetzten Kommission vom 10./12. August 1931.)

Nach § 7 Abs. 4 der Sicherungsverordnung vom 5. Juni 1931 (RGA. 1, 1931, Seite 283) dürfen die Stundenlohnbezüge der Arbeiter der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände (im folgenden nur „Arbeiter“ genannt) die Stundenlohnbezüge der entsprechenden Arbeiter im Reichsdienst einschließlich des Dienstes bei der Deutschen Reichspost nicht übersteigen. Soweit an Arbeiter zurzeit noch Bezüge über die Bezüge der entsprechenden Arbeiter in Reichsdienst hinaus gezahlt werden, erfolgt die durch die Sicherungsverordnung vorgeschriebene Angleichung im Bereich der Mitgliedsverbände des RAB. vorläufig nach folgenden Grundsätzen:

§ 1. 1. Männliche Arbeiter: Zwecks vorläufiger Ermittlung der nach § 7 Abs. 7 a. a. O. zu beseitigenden Unterschiede ist zu behandeln:

- a) der angelernte Arbeiter nach Lohngruppe I TAR. (Lohngruppe VII TAR.**) soweit nicht Behandlung nach Lohngruppe II TAR. (Lohngruppe VI TAR.) in Frage kommt,
- b) der angelernte Arbeiter nach Lohngruppe II TAR. (Lohngruppe VI TAR.), soweit nicht Behandlung nach Lohngruppe III TAR. (Lohngruppe V TAR.) in Frage kommt,
- c) der gelernte Arbeiter nach Lohngruppe IV TAR. (Lohngruppe III TAR.), soweit nicht Behandlung nach Lohngruppe V TAR. (Lohngruppe II TAR.) in Frage kommt.

2. Weibliche Arbeiter: Weibliche Arbeiter sind nach Lohngruppe B 1 TAR. zu behandeln, soweit nicht Lohngruppe B 2 oder B 3 in Frage kommt. Sind die Löhne der weiblichen Arbeiter nach einem vomhundertprozentigen der männlichen Arbeiter geregelt, so hat es bei der hieraus sich ergebenden Angleichung kein Bewenden, jedoch mit der Maßgabe, daß die Löhne der obenwähnten Gruppen nicht unterschritten werden dürfen.

3. Sind in einem Ort weder Reichsarbeiter noch Reichspostarbeiter vorhanden, so werden die in diesem Ort beschäftigten Arbeiter ebenso behandelt wie die Arbeiter eines gleichartigen Ortes der gleichen Ortsklasse des kommunalen Bezirkslohnstarifvertrages. Wenn hierauf noch Unklarheiten bestehen, trifft der Mitgliedsverband des RAB. die erforderlichen Bestimmungen.

§ 2. 1. a) Arbeiter, die vom Beginn der in die Mitte des Monats August fallenden Lohnperiode ab eingestellt werden (Neueingestellte), erhalten vom gleichen Zeitpunkt ihrer Einstellung ab als Stundenlohn den Lohn des vergleichbaren Reichsarbeiters (bzw. Reichspostarbeiters) gemäß § 1. — b) Dazu treten Sozialzulagen gemäß den Bestimmungen des TAR. bzw. TAR. — c) Der Anspruch auf Zulagen für besondere Arbeiten regelt sich nach den Lohn- und Manteltarifverträgen der Mitgliedsverbände des RAB. mit der Maßgabe, daß Zulagen, die Lohn- und nicht Funktionszulagen sind (z. B. Ausgleichs-, Betriebs-, Handwerkerzulagen usw.) nicht gewährt werden. — d) Soweit die Regelung nach a) bis c) bereits durchgeführt ist, hat es dabei kein Bewenden.

2. Die Regelung gemäß Ziffer 1 gilt nicht, wenn der Neueingestellte nach dem Lohnstarif des Mitgliedsverbandes des RAB. geringere als die sich nach Ziffer 1 ergebenden Bezüge zu beanspruchen hätte.

§ 3. Für Fürsorgearbeiter gilt vom Beginn der in die Mitte des Monats August fallenden Lohnperiode ab § 2 entsprechend, Ziffer 1b und c jedoch nur, falls solche Zulagen bisher gewährt wurden.

§ 4. 1. Für die Arbeiter, die vor dem in § 2 Ziffer 1a genannten Zeitpunkt, d. h. vor Beginn der in die Mitte des Monats August fallenden Lohnperiode, vorhanden waren, werden die Stundenlohnbezüge (einschließlich Dienalters-, Sozial- sowie etwaiger Ausgleichs-, Betriebs- und Handwerkerzulagen usw.) der Arbeiter der Mitglieder der Bezirksarbeitsgeberverbände mit den Stundenlohnbezügen (das ist Grundlohn und Dienalters- und Ortslohnzulagen und Sozialzulagen) der vergleichbaren Reichsarbeiter bzw. Reichspostarbeiter (§ 1) verglichen. Uebersteigt hierbei der Stundenlohnbezug eines Arbeiters den des vergleichbaren

* TAR. = Tarifvertrag für die Arbeiter bei den Reichsverwaltungen.

** TAR. = Tarifvertrag für die Arbeiter im Bereiche der Deutschen Reichspost.

Reichsarbeiter (Reichspostarbeiters), so wird er von dem eingangs genannten Zeitpunkt ab um diesen Unterschiedsbetrag, zunächst jedoch höchstens um 9 Pf. gekürzt. — Die hiernach vorzunehmende Kürzung erfolgt unabhängig von der Dauer der wöchentlichen regelmäßigen Arbeitszeit.

2. Erhalten Arbeiter neben einem Barlohn Sachbezüge, so sind für den Vergleich die gesamten Dienstbezüge, d. h. der Barlohn und der Wert der Sachbezüge zugrunde zu legen.

3. Erhalten Arbeiter, z. B. Mindererwerbsfähige, nur einen Bombhundertfuß des Stundenlohnes der vollwerbsfähigen Arbeiter, so ist der Bombhundertfuß aus dem neuen Lohn der Vollwerbsfähigen zu berechnen.

4. Wochen- oder Monatslöhne sind zum Zwecke der Angleichung in Stundenlöhne umzurechnen.

Das Lohnabbaudiktat des Reichsarbeitsgeberverbandes rückt die Gefahr großer wirtschaftlicher Kämpfe in greifbare Nähe. Die von den Gemeinden geforderte Herabsetzung der Löhne bedeutet für die deutschen Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner bei ihrer

endgültigen Durchführung eine Lohneinbuße von 25 bis 30 Proz. ihres Einkommens. Gegen diesen Lohnabbau, gegen die Außerkräftsetzung verfassungsmäßiger Rechte werden sich die deutschen Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner mit aller Energie zur Wehr setzen. Die Arbeiterschaft der Gemeinden hat in der Vergangenheit durch die Tat bewiesen, daß sie bereit ist, Opfer für das Gemeinwohl zu bringen. Sie wird sich aber gegen das einseitige Diktat mit dem ganzen Gewicht ihrer Organisation wenden. Die Gefahr ist akut! Wir Gemeindegewerkschafter haben ein Recht auf Verteidigung unseres in den letzten Monaten durch Lohn- und Arbeitszeitverkürzungen stark geschwundenen Lebensstandards. Wir stehen vor entscheidenden Kämpfen. In diesem Augenblick fordert der Gesamt-Verband die Einhaltung aller strengsten Disziplin, selbständige Handlungen der Betriebe oder Ortsverwaltungen müssen unterbleiben. Notwendige Maßnahmen werden von den Bezirksverwaltungen im Einvernehmen mit dem Verbandsvorstand gefaßt werden. Kollegen, haltet euch bereit, haltet Disziplin. C. Polenske.

Wo stehen wir?

Zum Ergebnis des preussischen Volksentscheids

In der Fülle schicksalsschwerer Ereignisse, die in den letzten Monaten und Wochen auf uns eingestürzt sind, nimmt der 9. August einen besonderen Platz ein. An diesem Tage sollte vollendet werden, was am 14. September 1930 begonnen, aber noch nicht geglückt war: Der Siegeszug der sachlichen Reaktion.

Es ist anders gekommen, als es die Katastrophenpolitiker erhofften. Anstatt der erhofften und erforderlichen 13,2 Millionen Ja-Stimmen sind nicht einmal 10 Millionen zusammengekommen. Nur rund drei Viertel der eigenen Anhänger waren den Parolen der Volksentscheidparteien gefolgt. An Stelle des Siegesgeheules und des von den Nazis schon vielerorts angekündigten Freibiers gab es Wutgeheul, Verratgeschrei und blutige Schlägereien. Die Nationalsozialisten hätten am liebsten alle Ja-Stimmen für sich reklamiert, der Stahlhelm behauptet, er sei selbstverständlich siegreich gewesen — und werde auch weiterhin siegreich sein — nur die anderen hätten versagt. Die Kommunisten ernten nichts als Undank, denn ihnen beschneit man, daß sie ihre Anhänger nicht in der Gewalt hatten und überhaupt durch ihr Mitmachen die Niederlage verschuldet hätten. So mußte man sich schließlich anstatt der siegreichen Niederringung des marxistischen Drachens Preußen mit einem „moralischen Erfolg“ begnügen, indem man diese Niederlage mit den bereits früher gescheiterten Volksentscheiden verglich. Aber auch dieser „moralische Erfolg“ entpuppt sich bei einer näheren Prüfung der Abstimmungsergebnisse weit eher als ein moralischer Katzenjammer. Von den 26,4 Millionen Stimmberechtigten haben, wie schon gesagt, nur 37,1 Proz. für den Volksentscheid gestimmt, obwohl die Volksentscheidparteien bereits bei den letzten Reichstagswahlen innerhalb Preußens fast die Hälfte aller Stimmberechtigten auf sich vereinigt. Schon aus diesem einen Gesamtergebnis kann entnommen werden, daß die sogenannte „nationale Opposition“ seit den Septemberwahlen keinerlei Fortschritte mehr gemacht hat. Ob innerhalb der Rechtsparteien Verschiebungen stattgefunden haben, läßt sich aus den Stimmzahlen nicht feststellen. Es ist auch für uns ziemlich gleichgültig. Sehr wahrscheinlich sind erhebliche Teile der bürgerlichen Mittelparteien — Volkspartei, Wirtschaftspartei usw. — bereits durch Schaden klug geworden und zu Hause geblieben, nachdem vernünftige und verantwortungsbewußte Führer, wie der alte Professor Kahl von der Volkspartei, die Nichtteilnahme als „vaterländische Pflicht“ bezeichnet hatten. Der famose Führer der Volkspartei aber, Herr Dingeldey, ist auf dem besten Wege, seine Partei völlig zu vernichten. Er würde damit ein gutes Werk verrichten, denn nichts war ekelhafter und erbärmlicher anzusehen, als das unehrliche Treiben dieser kapitalistischen Gruppe.

Von den 23 preussischen Wahlkreisen haben nur zwei eine absolute Mehrheit der Ja-Stimmen aufzuweisen: Ostpreußen — die Hochburg der Nationalisten — und Merseburg — wo die Kommunisten vorherrschend sind. Niedrig sind die Beteiligungsziffern in den Kreisen mit überwiegend katholischer Bevölkerung, wie Köln-Stachen und Koblenz-Trier. Die Behauptung, daß die Kommunisten sich fast überhaupt nicht an dem Volksentscheid beteiligt hätten, trifft leider nicht zu, so sehr wir das als ein Zeichen der Vernunft selbst innerhalb der kommunistischen Anhänger gewünscht hätten. Denn die Abstimmungsziffern zeigen, daß gegenüber dem Volksbegehren (bei dem die Kommunisten nicht mitmachten) die

Stimmzahl beim Volksentscheid in fast allen Wahlkreisen, in denen die Kommunisten stark sind, besonders stark zugenommen hat. So betrug die Steigerung der Ja-Stimmen beim Volksentscheid gegenüber den Eintragungen beim Volksbegehren in Berlin 203 Proz., in Potsdam I 78 Proz., Westfalen-Süd 100 Proz., Düsseldorf-Ost 149 Proz., Düsseldorf-West 118 Proz., während die Steigerung im Durchschnitt aller Wahlkreise nur 64 Proz. betrug. Umgekehrt war es in verschiedenen Wahlkreisen, in denen die Kommunisten nur einen geringen Einfluß haben, wie in Ostpreußen, Frankfurt a. d. Oder, Magdeburg, Weser-Ems, Osthannover. Auffallend ist es, daß in einigen Großstädten des Ruhrgebietes, in denen die KPD. sehr stark ist — wie in Düsseldorf, Essen, Dortmund —, die Beteiligung weit unter dem Durchschnitt blieb. Sie betrug in den genannten Städten beispielsweise nur etwa 25 Proz., obwohl die Kommunisten allein bereits 20 Proz. der Stimmberechtigten bei den letzten Wahlen erhielten. In Ebersfeld-Barmen und Halle dagegen war die Beteiligung außerordentlich hoch. Ein eingehendes Studium der Wahlergebnisse läßt den Schluß zu, daß die kommunistischen Arbeiter nicht überall in gleichem Maße den Parolen ihrer Zentrale gefolgt sind. Im ganzen kann man annehmen, daß mindestens ein Drittel besser als ihre Führer gemutet haben, was in diesem Augenblick politische Vernunft und Einsicht erfordern.

Wir haben bereits erwähnt, daß der Mißerfolg der Volksentscheidsaktion am deutlichsten wird, wenn man die Stimmzahlen beim Volksentscheid mit den Stimmen vergleicht, die bei der letzten Reichstagswahl vom 14. September 1930 für die Volksentscheidsparteien abgegeben wurden. Eine Gegenüberstellung dieser Ziffern lehrt, wo die Volksentscheider von der eigenen Wählerkraft im Stich gelassen wurden. In keinem einzigen Wahlkreis sind jetzt mehr Ja-Stimmen abgegeben worden, als bei der Reichstagswahl für die hinter dem Volksentscheid stehenden Parteien. Am größten ist der Mißerfolg in den Wahlkreisen Berlin, Potsdam II, Köln-Stachen und Düsseldorf-Ost. Ueber 90 Proz. ihrer damaligen Stimmen erhielten die Volksentscheider in den Wahlkreisen Siegnitz, Pommern, Ostpreußen, Weser-Ems und Osthannover. In diesen Bezirken, die durchgehend bei den Wahlen nur geringe kommunistische Stimmziffern aufwiesen, sind die Hochburgen des Rechtsradikalismus zu erblicken.

Die offene Niederlage, die sich Rechts- und Linksradikalismus bei dem Volksentscheid geholt haben, hat zunächst eine gewisse politische Beruhigung zur Folge gehabt. Aber wir wollen und dürfen nicht verkennen, daß es sich nur um eine Atempause handelt in dem großen Existenzkampf der Demokratie, den die deutsche Arbeiterschaft, fast ganz auf sich allein gestellt und dazu innerlich gespalten, zu führen hat. Was die Arbeiterschaft an politischen Rechten, an sozialen Errungenschaften zu verlieren hat, dafür haben die letzten Monate mehr als ein hartes Beispiel geliefert. Es wäre eine verhängnisvolle Selbsttäuschung, zu glauben, der Arbeiterschaft sei mit wirtschaftlichem und politischem Chaos auch nur das allergeringste gedient. Sozialistische Gestaltung kann kein Ergebnis verblendeter Katastrophenpolitik und irr-sinniger politischer oder wirtschaftlicher Experimente sein. Wir sind ein Sechzigmillionenvolk, zusammengedrängt auf engem Raum, auf Gütertausch mit der Welt angewiesen, tausendfach eingeordnet in den Zusammenhang der Weltwirtschaft, in unserer

wirtschaftlichen und politischen Existenz abhängig von vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Ausland. Diese Zusammenarbeit zu fördern und schwindendes Vertrauen wieder herzustellen, ist eine der vornehmsten Aufgaben unserer Politik. Daneben tauchen täglich neue Probleme auf, die dringend Lösung verlangen. Die Finanznot der Gemeinden ist eines der wichtigsten. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß das Reich bei der Sanierung der öffentlichen Finanzen nur an sich selbst gedacht hat, daß es außer guten Worten und Ratschlägen nichts getan hat, um den Gemeinden, die die immer noch anschwellende Last der Wohlfahrtsunterstützungen zu tragen haben, zu helfen. Der Deutsche Städte-tag hat der Regierung und der Öffentlichkeit ein weitgehendes Sanierungsprogramm unterbreitet. Für uns gilt es, die Augen offen zu halten, damit nicht unter dem Deckmantel notwendiger Reformen die öffentliche Wirtschaft von ihren zahlreichen Gegnern geschädigt wird. Mit diesen Fragen wird sich auch der bevorstehende Frankfurter Gewerkschaftskongreß beschäftigen.

Die Verwaltungs- und Reichsreform tritt jetzt unter dem politischen und wirtschaftlichen Druck immer mehr in den Vordergrund. Man sollte meinen, daß es endlich gelingt, mit dem Schutt vergangener Jahrzehnte aufzuräumen. Es wäre nur nötig, daß die Regierung an diese Frage mit derselben Härte und rücksichtslos herangehe wie an die sozialen Probleme. Im Mittelpunkt steht naturgemäß das Verhältnis Preußen zum Reich. Es ist möglich, daß die weitere politische Entwicklung hier eine baldige Lösung nach der einen oder anderen Seite erzwingt.

Für die weitere Gestaltung der innerpolitischen Situation ist entscheidend die Stellungnahme des Zentrums. Nach dem gescheiterten Volksentscheid konnte man aus dem Zentrumslager recht eigenartig anmutende Stimmen vernehmen, die den Schluß zulassen, als ob man dort an eine „Volksgemeinschaft“ mit Einschluß der hitlermüden Deutschnationalen denke. Der solchen Plänen muß auf das entschiedenste gewarnt werden. Die Reichsregierung hat die Wahl, ob sie ihre weitere Politik so gestalten will, daß auch die Arbeiterschaft endlich für die ungeheuren von ihr bisher gebrachten Opfer entschädigt wird. Lange aber läßt sich diese Entscheidung nicht mehr hinauszögern. Die Gewerkschaften haben ihre Forderungen, die sich aus dem katastrophalen Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft ergeben, klar und deutlich zum Ausdruck gebracht. Nach den Ereignissen der letzten Wochen dürfte es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß eine Rückkehr zu den früheren Zuständen — als sei nichts geschehen — vollkommen unmöglich ist.

Am 9. August ist eine sehr wichtige Entscheidung gefallen. Aber es war nur eine Etappe — das Ergebnis nur ein vorläufiges. Wir stehen vor weiteren außerordentlich großen und bedeutenden Aufgaben. Alles kommt jetzt darauf an, die organisatorischen Kräfte der Arbeiterschaft zu festigen und zu erhalten. Je stärker wir sind und je einheitlicher wir unsere Kraft einsetzen können, um so mehr werden wir den beginnenden Umbau im Interesse der Arbeiterschaft beeinflussen können. R. R.

14. Bundesausschuß-Sitzung des ADBB.

Am 10. August trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu seiner 14. Sitzung zusammen. In seinen einleitenden Ausführungen ging der Bundesvorsitzende Leipart von dem Ergebnis des preußischen Volksentscheids aus. Die rechtsradikalen Parteien, die zur Eroberung Preußens und damit Deutschlands in den Kampf gezogen seien, haben sich die erwartete und verdiente Niederlage geholt, deren Größe keine Schönfärberei in ihrer Presse verschleiern kann. Jetzt wird hoffentlich der hier und da ausgetretene Kleinmut überall verschwinden, denn das Ergebnis des Volksentscheids zeigt klar, daß der weitaus überwiegende Teil des Volkes sich zu der gegenwärtigen Staatsform bekennt. Die Entscheidung vom 9. August klärt die innerpolitische Situation und fordert entschiedenes Handeln. Die Gewerkschaften müssen erwarten, daß die verantwortlichen Stellen in Preußen wie im Reich jetzt endlich mit durchgreifender Energie die allgemein erwarteten Maßnahmen gegen die radikalen staats- und gesellschaftszerstörenden Elemente ergreifen. Die radikalen Parteien haben schon zu lange ihr frevelhaftes Spiel mit den Interessen des deutschen Volkes getrieben. Es ist höchste Zeit, daß diesem Unwesen mit Entschiedenheit halt geboten wird. — Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß die deutsche Arbeiterschaft aus dem gefinnungslosen Verhalten der kommunistischen Partei die notwendige Lehre ziehen wird. Die große Masse der kommunistischen Anhänger ist am 9. August nicht zur Wahlurne gegangen. Sie haben sich dem Parteibefehl nicht gefügt. Diese Haltung der denkenden kommunistischen Arbeiter zeigt bereits die Entwicklung, die sich in den Reihen der Arbeiterschaft abbahnt. Es ist jetzt eine der wichtigsten Aufgaben für alle Gewerkschafter, ihre ganze Energie dafür einzusetzen, diese Entwicklung vorwärts zu treiben, den Arbeitern zu zeigen, wohin sie der blinde Radikalismus der kommunistischen Partei führt, um endlich die Gesundung der deutschen Arbeiterbewegung zu erreichen und ihre Einheit wieder herzustellen.

Die Ausführungen Leiparts, oft vom lebhaften Beifall der Verbandsvertreter unterbrochen, fanden die einmütige Zustimmung des Bundesausschusses.

Dann erstattete Leipart den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes. Er schilderte die zur Behebung und Milderung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage erhobenen Forderungen und eingeleiteten Schritte. Insbesondere protestierte er dagegen, daß die Reichsregierung vor den wichtigen wirtschaftlichen Entscheidungen, die sie in den letzten Wochen zu treffen hatte, die Gewerkschaften nicht zu Rate gezogen habe, während die Unternehmer und ihre Organisationen ständig in Fühlung mit dem Kabinett gestanden hätten. Es liege in der Linie dieser einseitigen politischen Stellungnahme, daß die Reichsregierung zwar das Geld für die Sanierung der Grobhanke n hergegeben, aber keineswegs dafür gesorgt habe, dem Reich entsprechenden Einfluß zu sichern. Schon jetzt zeige

sich, daß da und dort nicht in zureichendem Maße für die Sicherheit der Lohnzahlungen gesorgt worden ist. Die Gewerkschaften halten sich durch besondere Erhebungen hierüber auf dem laufenden und werden weiter mit größter Entschiedenheit dafür sorgen, daß die Existenzsicherheit der heute noch arbeitenden werktätigen Bevölkerung nicht gefährdet wird.

Im besonderen ging Leipart dann auf die vom Bundesvorstand eingenommene Haltung in der Frage der Lehrlingsordnung ein. Bei ihrem Abschluß ist dringend zu beachten, daß durch die in ihnen enthaltenen Regelungen die gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Lehrlingsfragen gewahrt bleibt.

Anschließend berichtete der Vorsitzende des Fachausschusses für die Gewerkschaftspresse, Scheffler, über die Entwicklung der Gewerkschaftspresse, über ihre Ausgestaltung zu Familienblättern, die nicht nur von den Mitgliedern, sondern auch von ihren Angehörigen mit Interesse gelesen werden sowie über Neuerungen in der äußeren Aufmachung und im Versand der Blätter. Die Gewerkschaftspresse erreicht einen so weiten Leserkreis wie kein anderer Zweig der deutschen Presse. Trotzdem wird sie heute noch keineswegs in ihrer Bedeutung gewürdigt, insbesondere wird sie noch von manchen behördlichen Stellen bei Besprechungen und bei der Erteilung von Informationen entweder ausgeschaltet oder ungenügend berücksichtigt. Der Fachausschuß wird nach wie vor bemüht sein, diese mangelnde Berücksichtigung zu beheben.

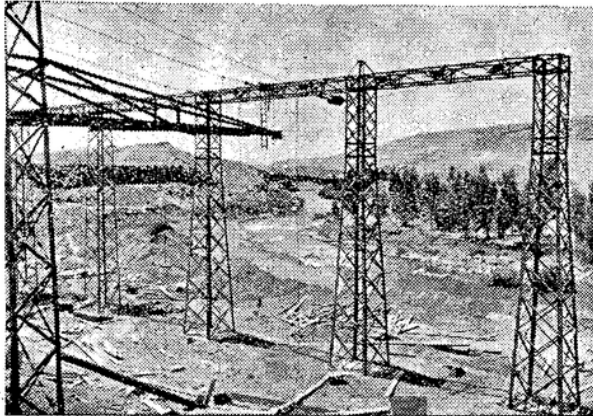
Der Bundesausschuß beschäftigte sich weiterhin mit der Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes. Infolge der Bedeutungslosigkeit dieser Maßnahme wurde von einer besonderen Beschlußfassung Abstand genommen. Der Entwicklung der Dinge wird aber besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, um zu verhindern, daß sich durch den freiwilligen Arbeitsdienst schädliche Wirkungen für die Lage der Arbeiterschaft ergeben.

Zum Gewerkschaftskongreß teilte Leipart mit, daß der Bundesvorstand beschlossen hat, den Kongreß zu einer reinen Arbeitstagung zu gestalten und alle Veranstaltungen festlicher Art, wie sie sonst Kongresse zu begleiten pflegen, zu unterlassen. Der Ernst der Zeit erfordere es, dem Gewerkschaftskongreß dieses Gepräges zu geben. An einem Tage wird der Kongreß eine öffentliche Tagung in Mainz abhalten.

Die zum Kongreß geladenen Referenten haben dem Bundesvorstand Entwürfe für Entschlüsse zu den verschiedenen Punkten der Tagesordnung unterbreitet. Die Entwürfe liegen dem Bundesausschuß vor. Mit ihrer weiteren Bearbeitung in Gemeinschaft mit den Referenten wird der Bundesvorstand beauftragt. Die Verbände werden Vorschläge zur Abänderung der Entwürfe schriftlich einreichen.

Die Starkstromleitung

Wenn Gambo mit seinem Lastauto samt Anhängewagen von den Kranen des Piräus, wo das Material unmittelbar aus den Schiffen eingeladen wurde, zu den emporstrebenden Betontürmen der im Bau befindlichen Starkstromleitung fuhr, war ihm manchmal, als ob sich alle Weltströmungen verschoben hätten. Die majestätische Himmelskuppel, zu der er früher andächtig aufgeblickt hatte, die Himmelskuppel mit dem Mosaikbild des Christus Pantokrator, lag in Scherben. Es war ihm zuweilen, als ob die Erde, über die er dahinratterte, durchsichtig wäre, als ob sich die Tiefen vor ihm öffneten und er nun hinablicken könnte in einen anderen tiefen Himmel, einen düster drohenden, gesetzmäßig durchflamnten, einen vergitterten Himmel, der unter ihm klappte, wie die Glut unter einem eisernen Roste. — Dort unten war der Sitz der starken Kräfte, die die Erde durchwirkten und beherrschten, der Sitz der Schwerkraft, der Beharrungskraft, der magnetischen und elektrischen Kraft und vielleicht noch vieler anderer, unbekannter, erst noch zu entdeckender Kräfte. — Wenn Arbeiterreihen taktmäßig die schweren Lasten aus Gambos Auto ausluden, die großen, mit Kupferdraht umspulten Trommeln vorsichtigen Schrittes abrollten, die Kabel in den Gitterträgern kurbelnd hochzogen, die Drähte von Betonturm zu Betonturm spannten, daß sie in der Sonne glänzten wie eine Strähne von Kulas rotem Haar, wenn es rings um ihn scholl und hämmerte, Eisen genietet und geschweißt wurde, Eisen mit Sauerstoffgebläse kreischend zerschnitten wurde, wobei er, der als Chauffeur nicht dazu verpflichtet war, eifrig half, war ihm zumute, als ob hier mit Gerüsten und Verschaltungen und eisernen Doppel-T-Profilen ein Altar aufgerichtet würde, ein Altar zu Ehren der unheimlichen Macht in der Tiefe, die ihre starken Kräfte den forschenden, suchenden Menschen darbot.



Transformatorbau neben der zentralen Kraftstation am Jordan.

Eines Tages, als die Leitung schon probeweise in Betrieb gesetzt wurde, war Gambo Zeuge, wie ein Arbeiter, der hoch oben auf dem beladenen Auto stand, unvorsichtig eine Eisenstange schwenkte und diese mit dem Kabel in Berührung kam.

Der Mann schrie furchtbar auf und, ohne die Eisenstange, die an seiner verbrannten Hand zu kleben schien, loszulassen, fiel er wie ein Sack zur Erde. Die Arbeiter warfen die Traversen, die sie eben trugen, nieder und ließen über das Feld zu dem Verunglückten hin.

Stundenlang bereits half Gambo in keuchender Hingabe bei den Wiederbelebungsversuchen, beim Einleiten der künstlichen Atmung.

Plötzlich ließ der Ingenieur kopfschüttelnd die Fußknöchel des Verunglückten los, daß dessen Beine dumpf auf den Boden schlugen. „Müht ja nichts. Hat ja gar keinen Sinn“, sagte er leise, nochmals hoffnungslos sein Ohr auf die behaarte, schon erkaltende Brust des Leidnams legend.

Die anfangs wie gelähmt herumstehenden Arbeiter waren zu ihren Werkplätzen zurückgeschickt worden. Die beiden fast gleichaltrigen Männer, der griechische Ingenieur, der an einer technischen Hochschule in Deutschland studiert hatte, und Gambo, der Chauffeur, waren allein mit dem Toten. Stumm beugten sie sich über das verkrampfte wächserne Gesicht. Hoch über den beiden

jungen Männern spannten sich unversehrt die Reihen rotglühenden Kupferdrahtes, wunderschön in der Sonne glänzend und darunter lag leblos und grau der Tote mit halbverbranntem, verkohltem Arm. — „Nichts hat sich verändert“, flüsterte Gambo, schau zu den Drähten aufblickend. „Um Himmels willen, Herr Ingenieur, sagen Sie mir es doch, was ist eigentlich Elektrizität?“ „Gambo, was fragen Sie so dumm?“ versetzte der Techniker halblaut. „Eine Naturkraft, das wissen Sie so gut wie ich. Und mehr kann ich Ihnen auch nicht sagen.“ — „Eine Naturkraft?“ wiederholte Gambo. „Was ist das eine Naturkraft? Eine Kraft, die nach Naturgesetzen wirkt? Das sind

doch nur Worte. Was aber steht hinter den Worten Herr Ingenieur?“ — Der Vorgesehnte zuckte die Achseln. „Das weiß kein Mensch.“

Ratlos beugte sich Gambo über den Toten. Es war ihm, als ob er fühlte, wie die Seele sich von der Borke des elenden Leibes immer mehr löste. Es war ihm, als ob er mit der losgelösten Seele des Toten zurückblicken könnte, gebannt zurückblicken müßte auf den Augenblick des Todes, hinstarrend auf die ungeheure Macht, die sich eben furchtbar aufgebäumt und den Mann gefällt hatte, eine Macht, deren unverhüllter, wahrer Anblick wahnsinnig machen könnte. In diesem Augenblick ahnte Gambo das erstemal, welche barmherzige Wohltat es für die Menschen war, daß dieses namenlos hohe, furchtbare Wesen sich hinter dem Schleier der Naturgesetze verbarg, dieses gottähnliche, gegengöttliche Wesen, das mit der Gottheit um das Weltall rang.

W. Eidlitz i. „Wiener Arbeiter-Zeitung“.

Ein Großkraftwerk zwischen Beduinenzelten

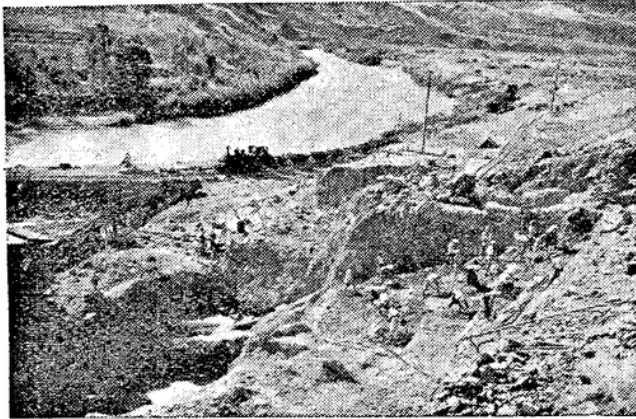
Ungestört lebten bisher wilde Halbnomaden in der Jordanschenke. Derwildert wie die Menschen ist teilweise noch heute das Land, das nicht fruchtbar aber furchtbar ist. Tötend ist die Oede dieses Teiles des „Heiligen Landes“. Die Nomadenstämme betrachten jeden, der in ihr Wüstengebiet einzudringen wagt, als einen Feind. Unter ihnen herrscht noch immer das Gesetz der Blutrache als ein für sie heiliges Gebot. Verächtlich schauen sie auf die Ansässigen herab, gleichgültig, ob das Bauern oder Städter sind. In ihren Augen sind es „Sklaven“. Sie aber, die Bewohner der Wüste, fühlen sich als „Freie“. Sie hassen alles Neue und sehen einen teuflischen Feind in der Technik. Und doch konnten sie nicht verhindern, daß die moderne Entwicklung zwischen ihren Beduinenzelten ein Großkraftwerk entstehen ließ, das wie ein Keil wirkt und die Beduinensämme zu sprengen droht.

Die in Palästina herrschenden Engländer und die aus Europa, Amerika und anderen Teilen der Erde kommenden Juden haben eine andere Vorstellung vom Leben und zwingen dem alten Palästina ihren neuen Willen auf. Sie geben dem Land ein anderes Gesicht, sie europäisieren es. Und so begannen die Juden, unter Beteiligung von englischem Kapital, am Jordan ein Großkraftwerk zu bauen. Alles lag einsam und verlassen in der

Jordanschenke, als jüdische Arbeiter in der Gluthitze dieser Ebene zu graben und zu hacken begannen, nur die Nomaden weideten ihr Vieh und konnten nicht begreifen, was vor sich geht. Für sie war der Bau des Großkraftwerkes ein Teufelswerk der Fremden. Als kürzlich, nachdem die Arbeiten gut fortgeschritten waren, ein Dammbruch eintrat, wurde einer der von dem leitenden Ingenieur Rutheberg eingestellten arabischen Arbeiter getötet. Dieser Unfall löste in den Zelten der Beduinen eine geheimnisvolle Bewegung aus. „Die freien Söhne der Wüste“ sahen in diesem Unfall ein Warnungszeichen des Himmels, eine Aufforderung von Allah, das Werk der Fremden zu vernichten. Diese Stimmung griff auf die arabischen Arbeiter über und es zogen Ueberfallgefahren heraus. Die Wüste will Wüste bleiben, es tobt ein Kampf: Romantik gegen Technik. Die Technik siegt, aber doch haben die Zwischenfälle ungünstige Einflüsse auf die für den Bau des Werkes notwendigen Kredite ausgeübt. Aber diese Krise wurde überwunden, der Bau geht weiter.

Oh, dieses Werk frisst viel Menschenkraft, wenn es den Menschen diese Kräfte auch vielfältig zurückgeben wird. Es ist geradezu heroisch, in diesem Taikessel zu arbeiten. Aus diesem Grunde mußte für die besten Arbeitsbedingungen Sorge getragen

werden. Der Mindestlohn beträgt pro Tag 30 Piaſter, das ſind 6 Mk. Dieſer Saß iſt für Paläſtina außergewöhnlich hoch. In der Regel verdienen aber alle Arbeitskräfte weit darüber. Die Arbeiter leben in ſehr ſchönen Steinhäuſern, die Ruthenberg zuerſt errichten ließ, weil ſie die wichtigſte Vorausſetzung für die Aufnahme der Arbeiten waren. In dieſer Ebene hocken viele Gefahren. Unter anderem auch die Malaria. Aus dieſem Grunde hat die Direktion eine Beſtimmung erlaſſen, daß der Arbeiter, der kein Moskitoneß zum Schlafen benutz, einer Strafe verfällt. Die heute von den Arbeitern bewohnten Häuſer werden



Arbeiten zur Errichtung der Zentral-Kraftstation am Jordan.

ſpäter zur Gründung einer Siedlung dienen, ſoweit ſie nicht Arbeiterwohnungen bleiben.

Der Bau dieſes Kraftwerkes iſt ein Ereignis für das ganze Land. Man braucht nur den Namen „Ruthenberg“ auszusprechen, und jeder weiß, daß vom Werk in der Jordansenke die Rede iſt. Wer noch nicht bei Ruthenberg war, iſt nicht zeitgemäß, denn jeden Sonnabend (Feiertag der Juden) rollen Autos nach dem Ort Tel-Or, „Hügel des Lichts“.

Beim Bau des Werkes ſind jüdiſche und arabiſche Arbeiter beſchäftigt. Es iſt erſtaunlich, wie die jüdiſchen Arbeiter, die aus Familien von Intellektuellen und Händlern ſtammen, ſich in die ſchwere Arbeit hineingefunden haben. Dieſen ſieht man noch an, daß ſie aus etwas gehobeneren Verhältniſſen entwaſſen ſind, und da viele eine Sonnenschutzbrille tragen, kann man glauben, Studenten ſeien am Werk, zumal ſich im Geſicht und in der übrigen Körperhaltung noch kein typiſcher Arbeiter, und ſchon gar nicht Bauarbeiter, ausdrückt. Um ſo bemerkenswerter iſt es, daß die ausländiſchen Ingenieure ſich durchweg lobend über die jüdiſche Arbeit ausſprechen.

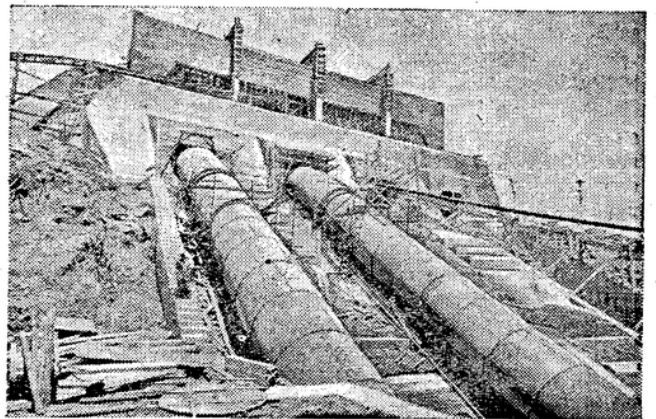
Zur Zeit meines Aufenthaltes waren 450 Juden und 150 Araber tätig. Mit 10 Lokomotiven wurde täglich gearbeitet. Die Maſchinen und die Materialien kommen faſt excluſiv aus England. Die engliſche Regierung iſt an dem Bau offenbar ſehr intereſſiert, denn ſie hat bereits einen Vertrag unterzeichnet, worin ſie ſich verpflichtet, nach Fertigſtellung des Werkes die paläſtiniſche Eiſenbahn zu elektriſizieren.

Die Arbeiter, die in der Jordansenke ſchwitzen, verfluchen die heiße Paläſtina täglich, ihnen behagt das Klima nicht. Aber für die Stromerzeugung iſt dieſes Klima außerordentlich günſtig, weil es möglich iſt, während des ganzen Jahres Strom zu gewinnen, da die Gefahren eines Eisgangs und andere Hinderniſſe nicht hemmend in den Weg treten können.

Der Bau nähert ſich ſeiner Vollendung. 4 Turbinen zu je 8500 PS ſind aufgeſtellt. Auf dem Wege vom See Genezareth bis zum Toten Meer liegen bereits 12 Stationen. Schon ſind die Maſten eingerammt und geben dem Land hier und dort ein etwas verändertes Geſicht. Bald werden die Drähte wie Venen und Arterien das Land durchziehen und das lebloſe Land neu durchbluten. Am Jordan wird die neue Seele Paläſtinas lebendig ſein, wird ein Werk errichtet, das den Beduinen und der Primitivität im Verlauf der weiteren Entwicklung den Boden unter den Füßen wegzieht. Dieſes Großkraftwerk iſt das bedeutendſte im Naſten Oſten und ein Triumph der Technik. Aus der Oede der Jordansenke und aus ihrer Wildheit wird ein Stück eroberte und beherrſchte Erde. Jahrtauſende rauſchte der Jordan und der Jarmuk ſinnlos dahin, nur die Nomaden tränkten dort das Vieh. Jetzt

werden die Ströme in den Dienſt der Menſchen geſtellt, die wilde Natur der Wüſte iſt wenigſtens teilweise durch Menſchenhand und Menſchenhirn gezähmt. Die vermeintliche Freiheit der Wüſtenjöhne in den Zelten wird durch die tatſächliche Freiheit, die die Technik ermöglicht, erſetzt. Nicht das Beduinenzelt iſt Freiheit, ſondern die ſinnvoll angewandte Technik. Wohl niemand iſt größerer Sklave als der Beduine, wenn auch weniger Sklave von menſchlichen Gewalten als von Gewalten der Natur. In Zelten aus Stroh und Ziegenſellen ſind Menſch und Tier untergebracht. Die bedrohlichſten Krankheiten herrſchen im Beduinenlager und die Zahl der Säuglinge, die den Beduinenmüttern an den Brüſten wegterben, iſt entſetzlich hoch. Malaria bedroht die Wüſtenbewohner und vernichtet ganze Stämme. Gerade in jener Gegend ſind weite Gebiete verlaſſen, die von den Juden erſt jetzt wieder fruchtbar gemacht wurden. Bald bedroht die Trockenheit die Nahrung für das Vieh und damit für den Beduinen, bald iſt es der langanhaltende und dauernd niederpeitſchende Regen, der die Exiſtenz der Menſchen in Frage ſtellt. Bisweilen werden Menſchen und Tiere Opfer der rajenden Natur. Monatelang beſteht die Speiſe der Beduinen aus nichts anderem als getrocknetem Käſe und Datteln. So iſt es nicht verwunderlich, wenn unter den Stämmen Betrug und Eiß, Mord und Totſchlag herrſcht. Wenn Not am Mann iſt, und die Weideſtächen alle kahl geſſen ſind, treiben die Beduinen ihr Vieh bedenkenlos in die Getreidefelder der arabiſchen und jüdiſchen Bauern, um es dort freſſen zu laſſen. Der Gegenſaß zwiſchen den Nomaden und den Seßhaften hat darum noch nie zu beſtehen aufgehört. Durch Raub und Plünderung halten ſich die Beduinen ſchadlos. Sie leben von der Hand in den Mund, und ſie können nicht, wie der Seßhafte es tut, für den morgigen Tag Vorſorge treffen. Der Fellache, der Bauer alſo, arbeitet regelmäßig, treibt Ackerbau und gibt ſich nicht mit dem zufrieden, was die Erde von ſelbſt hergibt. Vor allem aber ſtellt er das gezähmte Vieh als Arbeitskraft in ſeinen Dienſt und all das macht des Seßhaften Leben geſicherter. Die Seßhaftigkeit iſt eine höhere Stufe der menſchlichen Kultur, mag die landwirtſchaftliche Produktion auch ſehr primitiv vor ſich gehen, was von der paläſtiniſchen gewiß zu behaupten iſt.

Der Beduine wie auch der Fellache ſind gegenüber der Trockenheit des Landes hilflos. Sie kennen nur eine Hilfe aus ihrer Not: Gott. Und darum beten und ſtehen ſie einige Male am Tage. In allen Religionen Paläſtinas ſpielt das Waſſer eine bedeutende Rolle. Aber trotz aller Gebete hat ſich nichts verändert. Erſt jetzt, wo der Menſch ſein Schickſal ſelbſt in die Hände nimmt, wird es



Die gewaltigen Rohrleitungen zu den Turbinen.

anders. Nicht mehr lange wird es dauern, dann wird vom Großkraftwerk am Jordan auch Waſſer auf die Felſer gepumpt. Dann werden auch die Beduinen, vom Strom der Entwicklung mitgeriſſen, zur Seßhaftigkeit übergehen. Tendenzen dieſer Art ſind bereits deutlich erkennbar.

Im Fordauto raſte ich dem Toten Meer entgegen, das auch bald aufgehört hat, ein totes Meer zu ſein, denn ſchon ſchickt ſich der Menſch an, das Tote Meer zum Leben zu erwecken. Auch dort ſurren Maſchinen, auch dort ſind menſchliche und mechaniſche Kräfte tätig, um die Schätze dieſes ſeltſamen Meeres zu bergen.

Das Auto holpert die ſtaubigen Straßen entlang. Ein Beduine kommt mit ſeiner Herde des Weges. Die Herde wird auseinandergeſprengt. Wir raſen vorwärts, das Auto wirbelt Staub auf. Und in dieſem Staub verſchwindet der Beduine und ſeine Herde.

K. St.

Frauenleben in Palästina

Palästina ist das Land der drei Religionen: des Islams, des Judentums und des Christentums. Und da jede Religion in der Frau nicht das vollwertige Wesen sieht wie im Mann, ist die Frau im heiligen Land doppelt und dreifach unterdrückt. Im Namen der Erlöser wird sie niedergehalten und schleppt sie ihre schwere Last, im Namen der Erlöser ist sie unerlöst.

In Palästina werden die Frauen noch gekauft und verkauft, soweit die mohammedanischen Kreise in Betracht kommen. Die Frau kann dagegen nicht protestieren, sie muß sich kampflos ihrem Schicksal ergeben. Dagegen kann der Mann sich sehr leicht von der Frau trennen, falls sie ihm nicht mehr behagt und er das nötige Geld hat, sich eine neue Frau zu kaufen. Die Männer brauchen der Frau nur ein Wort zu sagen, um von ihr loszukommen. Sofort läßt die Frau ihren Gesichtsschleier herunter und verläßt das Haus des Mannes. Der Mann, der im vorgeschrittenen Alter noch keine Frau hat, gilt als unmännlich und lächerlich. Darum beginnt der Araber frühzeitig zu sparen. Von dem wenigen Geld, das der arabische Arbeiter verdient, gibt er nur einen Teil für äußerst bescheidenes Essen aus und den Rest vergräbt er, eifrig bemüht, das nötige Geld für eine Frau in möglichst kurzer Zeit zusammenzusparen. Wer zwei und drei Frauen hat, ist ein gefeierter Mann, und darum setzt mancher nicht einmal vermögende Mensch seinen Ehrgeiz darein, sich eine zweite Frau „anzuschaffen“. Als ein kulturell hochstehender jüdischer Arbeiter seinen arabischen Kollegen im Orangenbau fragte, was er mit seinem Geld mache, das er infolge seines primitiven Lebens nicht aufbraucht, sagte ihm der Araber lächelnd: „Dann kaufe ich mir noch eine andere Frau.“ Eine arabische Frau kostet etwa 40 bis 50 englische Pfund. Da ein Pfund etwa 20 Mk. sind, kostet eine arabische Frau 800 bis 1000 Mk., jedoch sind die Preise in Stadt und Land verschieden. — Die Frau gilt in erster Linie als Arbeitstier, aber nicht als Lebensgefährtin. Mancher Araber überlegt sich, ob er sich zuerst einen Esel oder eine Frau kaufen soll. Infolge der außerordentlich primitiven Landwirtschaft spielen Arbeitskräfte, menschliche wie tierische, eine große Rolle und das ist einer der Gründe, weshalb der arabische Mann anders kalkuliert als der europäische. Den Arabern erscheint ihr Standpunkt ganz selbstverständlich und auch moralisch. Im Gegenteil, die arabischen Frauen sind sehr entsetzt, wenn sie beispielsweise eine jüdische Frau auf einem Esel reiten sehen, denn das geht gegen ihre traditionelle und für sie einzig berechnete Moralschauung. Das Leben macht die Moral und darum ist die Moral zu allen Zeiten und in allen Ländern anders, was wir in dem (gewöhnlich gar nicht recht durchdachten) Spruch ausdrücken: „Andere Völker, andere Sitten.“

Obwohl die Tochter später Geld bringt, ist die Geburt eines Jungen doch eine bedeutendere Angelegenheit. Wenn es ein weibliches Wesen ist, was da im Schoß der Mutter reifte und schließlich zur Welt kam, ziehen die Dorfbewohner ein Gesicht und murmeln: „Nur ein Mädchen!“ Die arabische Frau wird unglaublich rücksichtslos ausgebeutet. Es gibt keine Schonung für das weibliche Geschlecht. Man bedenke, daß die arabischen Bauern in Lehmhütten wohnen, und dann vergegenwärtige man sich, was es bedeutet, wenn diese Frauen fast in jedem Jahre ein Kind zur Welt zu bringen haben.

Niemand wird nun von der hohen Säuglingssterblichkeit überrascht sein. Der größte Teil der Säuglinge stirbt. Wehrlos ist die arabische Frau dem Willen der Natur unterworfen. Es ist klar, daß die Geburtenregelung im heiligen Land vollkommen undenkbar ist. Selbst wenn die technischen Mittel zu beschaffen wären, wären die ideologischen Voraussetzungen zu deren Anwendung keineswegs gegeben. In den oberen schon vom europäischen Geist erfaßten Schichten wird das, ganz wie bei den aus Europa kommen-

den Juden anders sein, aber die Regel ist das geschilderte Elend und die Hilflosigkeit gegenüber dem Willen der Natur. — Die Frau wird auch von dem Familienoberhaupt schonungslos behandelt. Es ist selbstverständlich, daß die Frau Wasser zu holen, das Essen zu bereiten und die Kinder zu versorgen, außerdem aber auch noch auf dem Feld die schwierigsten Arbeiten zu verrichten hat. Und man soll nicht vergessen, daß der arabische Haushalt keine rationalisierten Methoden kennt! Daß der Mann ohne Gepäck auf dem Esel sitzt und fidel dahin reitet, während die Frau schwerbeladen und außer verschiedenem Gepäck auch noch die

Kinder tragend, hinterhertrottel, ist ein alltägliches Bild im heiligen Land. Nur langsam kriecht der Fortschritt auch nach Palästina. Immerhin, er kriecht. Vor 50 Jahren, so sagte mir ein jüdischer Arzt, war es noch weitaus schlimmer. Wenn der Puls gefühlt werden mußte, war das nur auf dem Wege möglich, daß die Frauen hinter einer Gardine saßen und ihre Hand vorstreckten. Aber in den Rücken zu sehen war ganz unmöglich. Inzwischen hat man die erstarrte Sitte zugunsten der Gesundheit etwas aufgelockert. Sehr lange wird der Zustand nicht mehr möglich sein, daß die Frau, wie es heute noch vorkommt, mit einem Esel

vor den Pflug gespannt wird, um in niederdrückendster Hitze den Boden zu pflügen, während der Mann, seine Hiebe auf Frau und Esel gleich verteilend, das Kommando gibt. Der eindringende Kapitalismus wird den Orient und auch das sogenannte heilige Land revolutionieren. Schon heute vollziehen sich bedeutungsvolle Wandlungen. In den Städten ist bereits sehr vieles anders geworden, was äußerlich unter anderem an der veränderten Frauenkleidung erkennbar ist. — Abgesehen von diesen im ganzen Orient sich vollziehenden Wandlungen, wird der Prozeß in Palästina durch die Tatsache beschleunigt, daß sich vielerorts jüdische Siedlungen befinden, in denen die Männer und Frauen ein ganz modernes Leben zu führen bemüht sind. Diese Menschen sind aus Europa nach Palästina eingewandert und bekennen sich zum

größten Teil zum Sozialismus. Sie leben in landwirtschaftlichen Kommunen, in denen die Frauen vollkommen gleichberechtigt sind. Aus diesem Grunde ist auch die Ehe in vielen Fällen ein reines Liebesverhältnis. Und weil es so ist, kommen nur sehr wenig Ehetrennungen vor, obwohl diese sehr leicht zu vollziehen wären, da die Ehen der jüdischen Siedler durch einen einfachen, freien Willensentschluß begründet sind. Die Form des geschlechtlichen Zusammenlebens in der sozialistischen Zukunft beruht auf beiderseitiger ökonomischer Unabhängigkeit, gemeinsamer Erziehung der Kinder und freiem Willensentschluß. Und wenn im Zusammenhang mit dem durch die kapitalistische Entwicklung bedingten Erwachen des Orients die arabischen Frauen gegen ihre Rechtlosigkeit protestieren, so ist das nur eine Etappe auf dem Wege zu diesem Ziel.

Kurt Stechert.



Araberfrauen in Jaffa.



Arabische Kinder in Ramle bei Tel Josef.

Der weiße Kuli

VI.

Ein ansehnlicher Teil der Stadt ist auf Nepp und Gaunerei eingestellt. Bar neben Bar mit bemalten Girls zur „Aufreizung der Sinnenlust der Seeleute“. Da die Preise nach deutschen Verhältnissen gerechnet horrend sind, so machen die meisten Bars einen recht toten Eindruck.

Der Bahnhof mit seiner prächtigen Architektur paßt eigentlich gar nicht in dieses wenig ansprechende Milieu hinein.

In Beira, ebenfalls Portugiesisch-Ostafrika, hatten wir die Hälfte unserer Reise beendet; ein paar Tage waren wir ohne Passagiere — es wurde Landurlaub erteilt. Morgens um 9 Uhr zogen wir los, fünf Mann hoch, mit „Abenteurerlust“ geladen bis unter die ungeheuren Tropenhelme, die schon eher kleinen Negerhütten glichen. Wir ließen uns an Land setzen, weil der „Kasten“ auf Reede lag, hielten an der Pier den Zollbeamten mit den olivengrünen Gesichtern unsere Stullenpakete unter die Nasen und „ergossen“ uns in die Stadt. Selbstverständlich hatten wir kein Interesse in diesen staubigen, sonnendurchglühnten Straßen herumzustreichen wie heimatlose Hunde, sondern wir wollten ins „Innere“. Wenn es ging, fahrenderweise.

Beira weist eine „komfortable“ Straßenbahn auf mit „Fernverkehr“. Diese „Bahn“ bestand aus Feldbahngleisen, befahren von Gefährten, die man bei uns als „Loren“ oder „Hunde“ bezeichnet. Antrieb: 1 MS (Menschenstärke). Diese Fuhrunternehmer schienen aber unter der Hitze gelitten zu haben, denn sie forderten Fahrpreise, für die man bald das ganze Fuhrunternehmen hätte kaufen können mit totem und lebendem Inventar.

Also: laufen. Na, zuerst macht das ja auch allerhand Spaß, jeder hatte das größte Wort. Wir sangen, daß uns die Nigger mit Recht für nicht normal hielten. Nach und nach nahm aber die Hitze zu. Alles blendete und stimmerte, das Gehirnwasser fing an zu kochen und das Im-Sande-Herumlaufen wurde verdammt mühsam. Schließlich kamen wir in einem kleinen Negerdorf an. Die Eingeborenen brachten uns keine Ovationen dar, sondern betrachteten uns mit unvorhöhlenem Mißtrauen (man muß wohl von unseren freundschaftlichen Absichten nicht ganz überzeugt gewesen sein). Natürlich ließen wir uns dadurch nicht abhalten, in jedes Hüttchen unsere neugierigen Nasen hineinzustecken.

Neben den charakteristischen kegelförmigen Negerhütten aus Pfählen und Palmstroh hatte man auch regelrechte „Wochenendhäuser“ gebaut: senkrecht vier Wände mit Dach; die Wände aus Flechtwerk, beworfen mit Lehm, Dreck usw. Das Mobiliar war im allgemeinen recht wenig komfortabel. Hier und da sah man eine verrostete eiserne Bettstelle — gewissermaßen als „Hausheiligum“.

Seltzam kontrastierte die jahrtausendalte Mehlbereitung — in großen hölzernen Stampförfeln oder zwischen zwei Steinen mit der Hand bedient — mit der Handhabung von Aluminiumgeschirr und Streichhölzern. In einer Hütte stand stolz ein funkelnagelneues Fahrrad; auch dieses Vehikel erfreut sich bei den Negern allgemeiner Beliebtheit.

Die Reinlichkeit der Speis Zubereitung hätte mancher europäischen Köchin als Beispiel dienen können.

Große Aufregung verursachten wir mit unserem „Kodak“. Wie höflich stob das ganze Volk in die Hütten und versammelte sich. Wahrscheinlich sahen die Nigger den „Kodak“ für einen Behälter mit einem bösen „Dämon“ an — daher die regellose Flucht.

Im weiteren Verlauf unserer „Expedition“ landeten wir auf einer Kokosfarm. Bei frischer Kokosmilch, kühlem Schatten und nach Zigaretten gierigen Schwarzen genossen wir einen einzigartigen afrikanischen Sonntagnachmittag.

Mosambique — gegenüber der Insel Madagaskar. Die Hafeneinfahrt beherrscht von einem alten mächtigen Kastell. Drohend — mit längst toten Mündern — starren Kanonen zu uns herüber.

Trüge nicht das Stadtbild einen durchaus tropischen Charakter, so könnte man wähnen, sich an der französischen oder italienischen Küste des Mittelmeeres zu befinden.

Zanzibar oder Sansibar — dazumalen deutsch — seinerzeit ausgetauscht gegen Helgoland. Eine der ältesten Hafenstädte und Handelsstätten Afrikas. Der Handel durchweg in den Händen von Indern. Zanzibar — obwohl unter Herrschaft Englands — wird beherrscht von einem Sultan, der gleichzeitig in Zanzibar residiert. Ein Palast in orientalischer Architektur, der Palast des Sultans. Indische und orientalische, vermischt mit europäischer und eingeborener Kultur, geben der Stadt einen äußerst interessanten und vielfarbenen Anstrich.

Zu erwähnen hatte ich noch vergessen im ehemaligen Deutsch-Ost-Afrika: Dar-es-Salaam, einer der wichtigsten Punkte der Kolonie und auch einer der heißumstrittensten während des letzten Weltkrieges.

Zeuge jener Kämpfe ist ein Schwimmdock, welches man versucht hatte, als Blockade vor die Hafeneinfahrt zu legen. Allerdings ist dieser Versuch nur zur Hälfte geglückt, die Sprengladung, die das Dock zum Sinken bringen sollte, ging zu früh los.

Jedenfalls ist dies eins der sprechendsten und als Symbol unübertrefflichsten „Kriegerdenkmäler“, was man sich denken kann.

Dar-es-Salaam macht auf den ersten Blick — wenn man sich den tropischen Charakter fordenkt — den Eindruck einer deutschen Kleinstadt, mit seinen beiden Kirchen, seinen hübschen Anlagen und bald palastähnlichen Verwaltungs- und Gouvernementsgebäuden.

Luftig schmettern die Signale der englischen Kolonialtruppen herüber, ja es ist kein preußischer Präsentiermarsch oder der Zapfenstreich: „Soldaten müssen nach Hause gehen...“

Wir laufen nach Tanga an — auch ein Hafen des früheren Deutsch-Ost-Afrika.

Rostrot, wie ein mächtiges Untier, liegt am äußersten Rande des nur kleinen Hafens das Wrack eines ehemaligen deutschen Kanonenbootes, das in einem Aufstande der Eingeborenen, so um 1906 herum, von seinem Kommandanten auf den Strand „gesetzt“ wurde.

5 Grad südlich des Äquators, die Hitze nimmt merklich zu und erreicht oft 40 Grad Celsius — oft scheint es die Hölle — doch sollte es noch besser kommen.

Als letzten Äquatorialhafen Afrikas laufen wir noch Kilindini (Mombassa) an in Britisch-Ost-Afrika.

Und dann geht's in direktem Kurs an der Küste von Italienisch-Somali-Land entlang — Kap Guardafui — Golf von Aden — westlicher Kurs auf die Stadt Aden — Arabien — das Wunderland. Augenscheinlich offenbaren sich hier die Wunder Arabiens noch nicht. Vermutlich ist es nur, daß in dieser „Teufels-Ecke“ überhaupt Menschen leben können. Ein wildes Felsengebirge — rotgebrannt von der Sonne — jedes Pflanzenleben unmöglich — für Europäer wenig erträglich das Klima.

Arabien, das Seucheland. Pest, Cholera, Pocken usw. Auch wir mußten in Quarantäne bleiben, da gerade wieder die schwarzen Pocken ausgebrochen waren.

Es beginnt die siebentägige Rote-Meer-Fahrt, die aufreibendste und furchtbarste Etappe der ganzen Reise. Die Temperatur kommt wenig unter 40 Grad Celsius. Maximum hatten wir 47 Grad Celsius. In der Maschine mindestens 10 Grad wärmer. Das Meer ist wie geschmolzenes Metall — glatt, ölig, eine träge Masse, die unheimlich wirkt.

Bei der Einfahrt ins Rote Meer, wo die Berge dicht an das Meer herantreten, wird diese Wirkung des Unheimlichen und Trostlosen noch erhöht — namentlich in der Abenddämmerung. Der eigentliche geologische Aufbau der Berge erscheint wie mit einer Schere gradlinig zugeschnitten. Die Silhouette gegen den kristallklaren blauen Nachthimmel erweckt den Eindruck zwischen Reihen ungeheurer großer Särgen hindurchzufahren. Die Phantasie, durch die Hitze ins Ungemessene verzerrt, erzeugt so eine graufige Stimmung.

Für manchen ist es die Todesfahrt — Alle Empfindungen werden durch die Art der Verhältnisse auf Formen gebracht, hinter deren Grenze der Wahnsinn lauert. Bagatellen, die man sonst als solche nahm, hier werden, aus ihnen Haupt- und Staatsaktionen gemacht. Alles wird ins Groteske verzerrt. Leidenschaften, zurückgehalten durch eiserne Disziplin, Haß, verborgen aus Klugheit, alles das hat seine Hemmungen verloren. Es heißt nicht umsonst bei den Seeleuten: „Was im Roten Meer passiert, wird vergessen.“ Nun, auf jeden Fall ist es „mißbender Umstand“.

Ist das Verhältnis von Dorgesetzten und Untergebenen im allgemeinen ein „künstlich temperiertes“, erzwungenes, gespanntes — namentlich vom Untergebenen aus — hier unter dieser Zone ist es ein unbedingt feindliches. Ich habe unter diesen Umständen einen Kapitän gesehen, der direkten Anpöbeleien von seiten eines Untergebenen eine Toleranz entgegensetzte, die mich erstaunen machte.

Die Heizer, Trimmer, Oberheizer bekamen Streit mit Tüftlichkeiten, Blut floß, der 1. und 2. Offizier wollten Frieden stiften. Geschleuderte Kohlenstücke und Feuerstacheln waren die Antwort, die sie bestimmte, von ihrem pazifistischen Vorhaben abzusehen —

Die Zuständigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation

In der Satzung der Internationalen Arbeitsorganisation, die in Teil 13 des Versailler Vertrages enthalten ist, findet sich keine genaue Umschreibung ihres sachlichen Zuständigkeitsbereiches. In der Vorrede der Satzung wird im wesentlichen gesagt, daß der Völkerbund den Weltfrieden zum Ziele hat, der nur auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden könne. Doch bestehen Arbeitsbedingungen, die für viele Menschen mit Ungerechtigkeit, Elend und Entbehrung verbunden sind und deshalb den Weltfrieden gefährden. Eine Verbesserung dieser Bedingungen sei dringend erforderlich, zu welchem Zweck die vertragschließenden Staaten die Errichtung der Internationalen Arbeitsorganisation gemäß den weiteren Bestimmungen der Satzung vereinbart haben. Sowohl in der Vorrede der Satzung, wie in ihrem zweiten Abschnitt, sind gewisse notwendige soziale Reformen angeführt, die aber ausdrücklich nur als Beispiele oder als besonders wichtig bezeichnet werden. Der Wortlaut der Satzung, ebenso wie die Verhandlungen des sozialpolitischen Ausschusses der Friedenskonferenz, der die Satzung aufstellte, lassen kaum einen Zweifel darüber zu, daß die Schöpfer der Arbeitsorganisation ihren sachlichen Wirkungsbereich auf alle Arbeitsverhältnisse erstreckt haben wollten. Seit dem Bestande der Organisation wurden aber doch wiederholt Fragen aufgeworfen, die die Abgrenzung ihrer Zuständigkeit betrafen. Gewissen Schwierigkeiten begegnet zum Beispiel die Abgrenzung wirtschaftlicher und betriebstechnischer Angelegenheiten auf der einen Seite und sozialer Angelegenheiten auf der anderen Seite. In dieser Hinsicht ist ein Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofs vom August 1922 bemerkenswert, worin gesagt wird, daß zwar Angelegenheiten der Produktion nicht in den Wirkungsbereich der Internationalen Arbeitsorganisation fallen, daß es ihr aber nicht verwehrt werden könne, sich mit Mitteln und Verfahren der Produktion zu befassen, die mit Maßnahmen zum Schutze der Arbeitnehmer in Beziehung stehen.

Wo in der Satzung der Arbeitsorganisation von bestimmten sozialen Reformen die Rede ist, findet sich niemals eine Andeutung, daß diese Reformen auf einzelne Gruppen von Arbeitnehmern beschränkt bleiben sollen, etwa nur auf die Arbeitnehmer der weiterverarbeitenden Industrie, oder nur auf Arbeiter im Gegensatz zu Angestellten und Beamten. Der persönliche Wirkungsbereich der Organisation ist mithin ebensowenig beschränkt wie der sachliche. Die sozialen Reformen, zu deren Anbahnung die Organisation berufen ist, sollen den Angestellten, den Beamten und den Angehörigen der freien Berufe, die nicht Arbeitgeber sind, ebensowohl zugute kommen wie den Arbeitern.

Die öffentlichen Beamten, die einen von Staat zu Staat sehr verschieden umgrenzten Personenkreis umfassen, der beispielsweise in Großbritannien viel enger ist als in Deutschland, nehmen eine besondere rechtliche Stellung ein. Sie haben dem Staat gegenüber gewisse Verpflichtungen und genießen auch Rechte, von denen andere Bevölkerungsgruppen ausgeschlossen sind. Deshalb ist die Meinung vertreten worden, daß die Beamten nicht in den Zuständigkeitsbereich der Organisation fallen. Doch ist dieses Argument aus einer Reihe von Gründen nicht stichhaltig. Das Internationale Arbeitsamt hat sich denn auch in jüngster Zeit wiederholt mit den Dienstverhältnissen der Beamten befaßt.

Bezüglich der freien Berufe ist zu bemerken, daß bereits die Internationale Arbeitskonferenz von 1921 eine von Justin Godart eingebrachte Entschließung annahm, die die Organisationsbestrebungen der freien Berufe anerkennt und erklärt, daß es zu den Aufgaben der Organisation gehört, diese Schicht zu unterstützen. Die freien Berufe haben in der Nachkriegszeit so gut wie überall die Vorzugsstellung verloren, die sie ehemals innehatten; die Arbeit, die sie leisten, ist mehr und mehr zur Lohnarbeit für andere ge-

worden, deren Bedingungen sich teilweise mindestens schlechter gestalten als jene der Arbeit in Werkstätten und Fabriken.

Im Jahr 1921 wurde die Zuständigkeit der Organisation in der Frage des Schutzes der landwirtschaftlichen Arbeiter in Zweifel gezogen. Mehrere Punkte der Tagesordnung der dritten Internationalen Arbeitskonferenz bezogen sich auf den Schutz der Ländarbeiter, was zuerst über Betreiben des schweizerischen Bauernvereins Anlaß zu einem Einspruch des schweizerischen Bundesrats gab. Später erhob die französische Regierung Einspruch gegen die Behandlung landwirtschaftlicher Fragen auf der Arbeitskonferenz. Die Konferenz erklärte sich nach ausführlicher Erörterung für landwirtschaftliche Sozialpolitik zuständig. Nach der Konferenz kam die Angelegenheit vor den Ständigen Internationalen Gerichtshof, der ein umfangreiches Gutachten erstattete, das die Zuständigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation in Fragen der Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft bestätigte. Bezweifelt wurde auch, ob die Internationale Arbeitsorganisation befugt ist, sich mit dem Schutze der Wanderer und namentlich der Auswanderer nach Uebersee zu befassen. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts und der Internationale Schifffahrtsausschuß trafen ein Uebereinkommen, wonach Angelegenheiten des Transports von Auswanderern und der Verantwortung der Reeder nicht in den Zuständigkeitsbereich der Arbeitsorganisation fallen. In einem Fall hat die Internationale Arbeitskonferenz eine Regelung getroffen, die sich auch auf die Betriebsinhaber erstreckt. Das Uebereinkommen betreffend Nachtarbeit in Bäckereien bestimmt nämlich, daß sich das Nachtarbeitsverbot auf sämtliche Personen erstreckt (Arbeitnehmer wie Betriebsinhaber), die an der Herstellung von Brot und anderem Backwerk beteiligt sind. Die Sache kam ebenfalls vor den Ständigen Internationalen Gerichtshof, der im Juli 1926 anerkannte, daß die Internationale Arbeitsorganisation zu der getroffenen Regelung zuständig war.

Der örtliche Zuständigkeitsbereich der Internationalen Arbeitsorganisation umfaßt alle ihre Mitgliedsstaaten, deren Zahl 55 ist. Fern stehen ihr nur die Vereinigten Staaten von Amerika, Mexiko, Rußland, die Türkei und einige wirtschaftlich unbedeutende Staaten. Die Freie Stadt Danzig, die staatsrechtlich eine Sonderstellung einnimmt, hatte vor einiger Zeit ihre Aufnahme beantragt und der Ständige Internationale Gerichtshof wurde um ein Gutachten in dieser Frage ersucht, das er im vorigen Jahre erstattete. In dem Gutachten heißt es, daß auf Grund des Vertrages von Versailles die Führung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt Danzig Polen übertragen worden ist. Da ein Teil der Tätigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation in den Rahmen der auswärtigen Beziehungen fällt, könnte die Freie Stadt Danzig an den Arbeiten der Internationalen Arbeitsorganisation erst teilnehmen, wenn sie über diese Frage vorher eine Vereinbarung mit Polen getroffen hat. Zurzeit besteht eine Vereinbarung dieser Art nicht.

Jeder Staat, der der Internationalen Arbeitsorganisation zugehört, hat ihr gegenüber gewisse Verpflichtungen. Die Verpflichtung zur Durchführung der von den Konferenzen der Organisation beschlossenen arbeitsrechtlichen Uebereinkommen entsteht jedoch erst dann, wenn ein Staat solchen Uebereinkommen ausdrücklich beigetreten ist. Der Beitritt ist freiwillig, aber die Vorrede der Satzung erklärt, daß die Nichteinführung wirklich menschenwürdiger Arbeitsbedingungen durch ein Volk geeignet ist, die Bemühung anderer Völker um Verbesserung des Loses der Arbeitnehmer in ihren Ländern zu hemmen.

H. Fehlioger.

Arbeiterlied

Morgens früh aus dem Bette raus,
In die Strümpfe rin,
Die Hosen an, —
Morgens früh kaltes Wasser ins Gesicht,
Brot ins Papier,
Die Kanne in die Hand,
In die Elektrische, in die Untergrund,
Und in die Fabrik, — und in die Fabrik, —
und in die Fabrik.

Ah, das geht so Tag um Tag,
Tagsschicht, Nachtschicht, Nachtschicht, Tagsschicht.
Frühling, Sommer, Herbst und Winter,
Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag,
Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend.
Und am Sonntag schläft man aus, aus, aus.

Ah, das geht so Tag um Tag,
Ah, das geht so Jahr um Jahr,
Ah, das geht das Leben lang,
Rücken krumm, Schläfen grau, Schädel-blant,
Ah, das geht so Tag um Tag.

Alfred Döblin

Was ist die RGO?

Die Beantwortung dieser Frage macht einen kurzen geschichtlichen Rückblick notwendig. Im August des Jahres 1920 erklärte Sinowjew auf dem 2. Kongress der Kommunistischen Internationale: „Hauptaufgabe der Kommunisten ist Spaltung und Auflösung der bestehenden Gewerkschaften.“ Darauf wurde in Moskau ein provisorischer „Internationaler Rat der Gewerkschaften“ gebildet und kurz hinterher die „Rote Gewerkschafts-Internationale“ gegründet.

Der KPD. in Deutschland fiel nun die Aufgabe zu, die Gewerkschaften zu erobern. Diesem Ziele dienten im Laufe der Jahre unzählige Richtlinien und Parolen. Am deutlichsten wurde 1925 der Sekretär der Roten Gewerkschafts-Internationale Sosowski, der den Kampf gegen die „reformistischen“ Gewerkschaften bis zu ihrer Vernichtung forderte. Im selben Jahre sagte der 5. Kongress der Kommunistischen Internationale, der aber grundsätzlich ein gleichzeitiges Bestehen revolutionärer und reformistischer Gewerkschaften anerkannte. Die Vernichtungsparole braucht also nicht unbedingt befolgt zu werden, es genügt schon eine Spaltung der Gewerkschaften. In den nachfolgenden Jahren machte man die verschiedensten Versuche ohne Erfolge. Schließlich kam Mitte 1928 die Parole: „Hinein in die reformistischen Gewerkschaften, unter allen Umständen, um sie unter rücksichtsloser Ausschaltung der bisherigen Führerschaft zu erobern.“ Der Angriff scheint aber nicht rücksichtslos genug vorgetragen zu sein, denn Thälmann befahl bald darauf nur den Eintritt der „klassenbewußten revolutionären“ Arbeiter zur Stärkung der „revolutionären Opposition“. D. Merker, der damalige Führer der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung, schreibt in seiner Broschüre „Die Spaltung der Arbeiterklasse und der Weg der revolutionären Gewerkschaftsopposition“, die im Frühjahr 1929 erschien, auf Seite 55 folgendes:

„Die Partei stellt deshalb nicht die Forderung der Gründung neuer Gewerkschaften, sondern die alte, leninistische Forderung auf: „Eroberung der Arbeitermassen, Kampf zur revolutionären Umwandlung der Gewerkschaftsverbände“, und auf Seite 35 der gleichen Broschüre: „Darum muß jeder Kommunist versuchen, in die Gewerkschaften einzudringen und in ihnen zu arbeiten.“

Die Erfolglosigkeit auch dieser Taktik kam in dem Fuhrtritt zum Ausdruck, den die „Rote Fahne“ am 6. April 1930 dem bisherigen Leiter des politischen Büros der KPD. versetzte, indem sie schrieb: Merkers Haltung war nur ein scheinheiliges Sektierertum, das durch linke Phrasen verdeckt wird.

Die neue Ära wurde eingeleitet am 9. März 1930 durch die Gründung des kommunistischen „Verbandes der Bergarbeiter“ in Essen sowie eines kommunistischen Kartells wirtschaftlicher Organisationen. Am 4. November 1930 erfolgte die Gründung des kommunistischen Metallarbeiterverbandes, am 12. Januar 1931 die des kommunistischen Bauarbeiterverbandes usw. Einen Verband, der RGO. heißt, gibt es darunter nicht. RGO., die Abkürzung von „Revolutionärer Gewerkschafts-Opposition“ ist lediglich die Bezeichnung für die Bewegung, die dahingehet, die Gewerkschaften zu zerstören. In der Sitzung eines „Erweiterten Reichskomitees“ am 9. und 10. Mai 1931 in Berlin hieß es, daß die Eroberung der fünf Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter für die Ideen und Ziele der RGO. eine Hauptaufgabe ist. Nun sind aber die oben genannten kommunistischen Verbände nicht etwa selbständige Gewerkschaften, in denen wie bei uns der Wille der Gewerkschaftsmitglieder zum Ausdruck kommt, sondern sie sind vollständig der Kommunistischen Partei unterstellt. Der 7. Kongress der KPD. (1929) hatte als Entschließung angenommen:

„Die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen unterstehen in ihrer ganzen Tätigkeit den Parteiorganen. Diese haben jederzeit das Recht und die Pflicht, die Tätigkeit der Fraktionen zu kontrollieren, bestimmte Anweisungen zu geben, Beschlüsse aufzuheben oder zu korrigieren, nötigenfalls Funktionäre abzuberufen und unter Umständen selbständige Fraktionsversammlungen zu veranstalten. Jede Fraktion ist als Ganzes genau so streng an die Parteidisziplin gebunden wie jedes einzelne Parteimitglied.“

Die Grundeinstellung der RGO. geht also nicht auf die Er kämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen aus, sondern es sollen mit Hilfe der gewerkschaftlichen Arbeitermassen zuerst die parteipolitischen Ziele der KPD. verwirklicht werden. Das wird auch in der Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Essen (13. September 1930) gegen die kommunistische Bergarbeiter-RGO. klar zum Ausdruck gebracht:

„Die Bezirkskomitees der RGO. sind gegründet, nachdem im Herbst 1929 in Berlin der von der Roten Gewerkschafts-Internationale veranstaltete Reichskongress der RGO. getagt hatte. Diese politische Einstellung dieses Reichskongresses ergibt sich klar aus einem Aufsatz Losowski („10 Jahre kommunistische Internationale“, 9. Jahrgang 1929, Seite 59), worin es heißt: „Die Rote Gewerkschafts-Internationale ist Fleisch vom Fleische und Blut vom Blute der internationalen kommunistischen Bewegung. Sie ist vom Geiste des Kommunismus erfüllt. Die internationale, revolutionäre Gewerkschaftsbewegung hat keine anderen Ziele und Aufgaben als die internationale kommunistische Bewegung.“

Damit ist die gestellte Frage: „Ist die RGO. eine Gewerkschaft?“ wohl genügend klar beantwortet. Eintritt in die RGO. heißt also Parteiarbeit für die KPD. leisten. Eintritt in die Front der RGO. bedeutet offenen Bruderkampf in der Gewerkschaft und damit Selbstversteinerung der Arbeiterklasse. Darum kann uns die RGO. nicht helfen, sondern, wie tausendfach anerkannt, allein die innere disziplinierte einige Geschlossenheit aller Arbeitnehmer im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Gliedern.

P. Bundeis.

Stimmen aus Kollegenkreisen

An die Kollegen Müller bis Meier!

Es gibt überall Müllers, Schulzens, Lehmanns, Meiers usw. Sie sind sogar organisiert, aus irgend welchen Gründen. Und sie haben unendlichen Gesprächsstoff von hohen Beamtenegehältern, von niedrigen Löhnen, von Beiträgen, von der Arbeitszeit, und von der Demokratie. Alles paßt ihnen nicht, alles wird verkehrt gemacht; wenn sie regieren würden, wäre schon längst alles anders. Die 40-Stunden-Woche hat es ihnen jetzt besonders angetan, weil sie nun noch weniger verdienen können, obwohl es bei 48 Stunden auch schon nicht gereicht hat. Von Müller bis Meier haben alle mehr oder weniger recht, aber sie haben keine Ahnung, wie ungeheuer ernst die Situation ist.

Fast vier Millionen Erwerbslose, die, wenn sie keine Unterstützung erhielten, alle bestehenden Löhne längst über den Haufen gerannt hätten. Was für eine Riesenaufgabe hat eigentlich die organisierte und geschulte Arbeiterchaft geleistet mit dieser Unterstützung? „Geld ist da“, sagen die Müller bis Meier. Bitte, ihr Kollegen Müller bis Meier, geht hin und holt es, aber die ersten müßt ihr sein. Nur wundert euch nicht, wenn sich die Geldbesitzer das nicht ohne weiteres gefallen lassen und daß man dabei sogar ganz ernstlich schießen wird.

Kollegen Müller bis Meier! Wenn es nicht bald gelingt, dieser beinahe verhungernenden Reservearmee einen Lebensinhalt durch Beschäftigung zu geben, dann brechen früher oder später Staat und Gemeinden finanziell zusammen und ihr habt dann nicht einmal mehr die 40-Stunden-Woche. Dann gibt es „Revolution“. Die Nazis und die Kommunisten wollen „Revolution“. Liebe Kollegen Müller bis Meier! In dieser „Revolution“ könnt ihr nicht von „hinter der Gardine“ aus zuschauen. Habt ihr den Mut, selbst dabei auf dem Straßenpflaster liegen zu bleiben, dann gebe ich euch ganz recht. Das ist keine Redensart, auch kein Bangemachen. Seht euch doch einmal die bestehenden Machtverhältnisse an, dann könnt ihr euch doch ausdenken, wer diese Revolution jetzt gewinnen würde. Wer hat den Mut, tausende und zehntausende Menschen zusammenschließen zu lassen? Noch lebt die Demokratie. Die Mehrheit des Reichstages gibt sich alle Mühe, den Bürgerkrieg zu vermeiden. Wenn die Nazis und Kommunisten aber noch mal so stark werden, wie sie es heute sind, dann wird es losgehen, dann wird es böse hergehen. Und ihr Müller bis Meier werdet dabei sein müssen.

Nein, wißt ihr, wie ich denke? Wenn es gelingt, die Arbeitslosen dieser industriellen Reservearmee aus unserem Rücken zu entfernen durch Einreihung in den Produktionsprozeß, dann werden wir weniger Steuern und Erwerbslosenversicherung bezahlen. Und wenn unsere Kollegen wieder neben uns an der Werkbank stehen, und wenn sich noch viele, viele andere Arbeiter uns anschließen, dann werden wir Arbeiter über die Bezahlung der 40-Stunden-Arbeitswoche reden, anders als wir es jetzt können.

Paul Mewes, Magdeburg.

Frühverbrauch der Straßenbahner

Bei der Bewertung der Leistungen in den einzelnen Berufsgruppen geht man sehr oft von falschen Voraussetzungen aus. Darunter haben die Straßenbahner ebenfalls zum erheblichen Teil zu leiden. Wenig werden die besonderen Eigenarten des Berufs, wie Unregelmäßigkeit im Leben, Nervenanspannungen im heutigen Straßenverkehr und im Umgang mit dem Publikum und vieles mehr, in Rechnung gestellt. Die Kraftaufwendungen hierzu sind ganz erheblich, obwohl von Außenstehenden sehr oft das Gegenteil angenommen wird. Oft hört man von Laien sagen: „Der Straßenbahner ist immer an der frischen Luft und was hat er schon für Anstrengungen beim Kurbedrehen oder Kassieren.“ Diese Tätigkeit wird dann in Vergleich gestellt mit körperlichen Schwerarbeiten und führt zum falschen Schluß. Obwohl der Gesamtverband bei der Vertretung der Straßenbahner in Verhandlungen durch seine praktisch erfahrenen Vertreter diese und ähnliche Schlußfolgerungen stets widerlegt, gilt es heute einmal auch hierüber einen wissenschaftlichen Beweis anzuführen. In einer Abhandlung „Ueber vorzeitiges Altern“ (Frühverbrauch) bringt Oberarzt Dr. Werner Vogl in der ärztlichen Wochenschrift „Die Medizinische Welt“ wissenschaftliche Forschungen aus den Nervenheilstätten der Stadt Frankfurt a. M. zur Veröffentlichung. Interessant sind für uns die Feststellungen, daß die Straßenbahner den höchsten Prozentsatz an Frühverbrauchten stellen und diese Erscheinung als ein besonders belastendes Moment der Berufsarbeit angesehen wird.

Dieser besonderen Untersuchungen in den Nervenheilstätten in Frankfurt a. M. unterlagen 79 Männer oder 13,4 Proz. aller männlichen Aufnahmen, die im Berufsleben standen, oder bis vor kurzem gestanden hatten und die seit einigen Wochen bis (in vereinzelten Fällen) einige Jahre sich nicht mehr gesund fühlten. Mit wenig Abänderungen bestanden die Klagen bei fast allen Fällen in Kopfschmerzen (besonders Stirn und Schläfen), Schwindelgefühl (in wenigen Fällen gesteigert bis zu Ohnmachtsanfällen), Schwäche- und Müdigkeitsgefühl, wechselnde Schmerzen in Gliedern, Brust, Herzgegend, Rücken usw., Erregbarkeit, Schreckhaftigkeit, Lärmempfindlichkeit, schwankende Stimmungslage mit Neigung zu Weinausbrüchen, Nachlassen des Gedächtnisses (Erschwerung der Konzentration), mangelnder Schlaf (besonders Störung des Einschlafens sehr häufig) und in einer oft sehr beträchtlichen Gewichtsabnahme. Besonders betont wurde das starke Ermüdungsgefühl bei jeder noch so geringen körperlichen oder psychischen Inanspruchnahme und der ungenügende Schlaf, der das Gefühl der Erholung nicht zustande kommen ließ.

Dem Alter und dem Beruf nach setzten sich die Untersuchten nach den Angaben Dr. Vogls wie folgt zusammen: 20 bis 25 Jahre 5 Proz., 25 bis 30 Jahre 19 Proz., 30 bis 35 Jahre 17,8 Proz., 35 bis 40 Jahre 13,9 Proz., 40 bis 45 Jahre 15,2 Proz., 45 bis 50 Jahre 13,9 Proz., 50 bis 55 Jahre 11,4 Proz., 55 bis 60 Jahre 3,8 Proz. Schlosser (Schmiede, Eisengießer) 19 (24 Proz.), Mechaniker 5 (6,3 Proz.), Straßenbahner 7 (8,8 Proz.), Kaufleute (Angestellte) 7 (8,8 Proz.), Arbeiter: wie Weißbinder, Heizer, Stein- und Zementarbeiter, Schriftsetzer, Schreiner, Bahnarbeiter 20 (25,3 Proz.), dazu je 4 Bergleute, Boten und 2 Beamte.

Dazu führt Oberarzt Dr. Werner Vogl folgendes aus:

„Abgesehen von einigen ganz wenigen Fällen, in denen die bestehende Arbeitslosigkeit und die damit verbundene wirtschaftliche Notlage zu dem Krankheitsbild geführt hat, wurde in allen anderen Fällen die berufliche Tätigkeit als alleinige Ursache angeschuldigt. Arbeit in lauten Räumen (Schlosser), zu schnelles Arbeitstempo, zu kurze Urlaubszeit, in der eine Erholung nicht möglich war usw. wurden angegeben. Als ein sehr häufiger Grund wurde ferner bezeichnet, daß die physische Arbeit zu schwer sei, zumal, da infolge des allgemeinen Abbaus die Anforderungen an den einzelnen vergrößert und daß diese aus Angst vor weiterem Abbau den an sie gestellten Anforderungen voll genügen wollten.“ Des weiteren finden wir eine Einbuße der Leistungsfähigkeit bei Berufen, die eine starke Belastung der Sinnesstätigkeit (Mechaniker) und vor allem, wie der hohe Prozentsatz der Straßenbahner (meist Wagenführer) und Kaufleute beweist, Anforderungen an Umsicht, Aufmerksamkeit usw. stellen... Der prozentuale Anteil der einzelnen von uns aufgeführten Berufsgruppen am Krankheitsbilde beweist dies ja zur Genüge; denn sowohl Schlosser als auch Straßenbahnwagenführer sind einer außerordentlich großen Belastung im Beruf ausgesetzt (schwere körperliche Arbeit in lauten Räumen einerseits und Aufmerksamkeit und große Verantwortlichkeit andererseits). Auffällig ist der große Prozentsatz von Erkrankten im Lebensalter vom 25. bis 35. Jahre...

Bei dem Versuch einer Einteilung nach Berufen (eine genaue Darstellung hat bei der relativen Kleinheit des Materials nicht allzuviel Wert) fällt ganz außerordentlich stark der geringe Heilungserfolg unter den Straßenbahnern auf, und zwar vorwiegend unter denjenigen, die das 45. Lebensjahr überschritten haben. Nun gehört nach M. Meyer, der

50 Frühverbrauchte im Laufe von einigen Jahren beobachten konnte, der prozentual größte Anteil dieser in das 45. bis 50. Lebensjahr und nach Berufsgruppen geordnet, liefern wieder die Straßenbahner ein verhältnismäßig großes Material, wenn man dabei berücksichtigt, daß in der Zahl der aufgenommenen Patienten die Straßenbahner naturgemäß nur einen sehr kleinen Anteil bilden. Erwähnt sei noch die Feststellung von M. Meyer, daß die Straßenbahner zumeist vom 50. Lebensjahre an aus dem Arbeitsdienst herausgezogen und zwischen dem 55. und 60. Lebensjahre pensioniert werden müssen. Unter unserem diesjährigen Material finden sich nun unter den 79 hier aufgezählten 11 ganz ausgesprochen frühverbrauchte Männer, das sind also 13,9 Proz. ... Unter unseren 11 Frühverbrauchten des Jahres 1930 befanden sich fünf Straßenbahner, vier, die wir unter der Kategorie Schlosser aufgeführt haben, ein Bergmann und ein Bote. Wir finden also die Schlosser und Straßenbahner, genau wie bei den Er schöpfungszuständen, am häufigsten vertreten, nur ist das Verhältnis jetzt insofern umgekehrt, als die Straßenbahner hier prozentual überwiegen. Bei all diesen machte der Heilungsprozeß nur langsame Fortschritte und wenn, wie eingangs gesagt, die durchschnittliche Behandlungsdauer sechs Wochen betrug, so war für unsere Frühverbrauchten eine Behandlungsdauer von etwa neun Wochen notwendig. Ueber Alter und Behandlungserfolg orientiert folgende Tabelle:

Zahl	Beruf	Alter	Erwerbsfähigkeit bei Entlassung i. Proz.
4	Straßenbahner ..	45 bis 48	50 bis 75
1	Straßenbahner ..	53	invalide
4	Schlosser	36 bis 46	70 bis 100
1	Bote	54	33
1	Bergmann	50	invalide

Wenn man nun berücksichtigt, daß sich unter unserem Gesamtmaterial ein jugendlicher Straßenbahnwagenführer (24 Jahre) befindet, der einen hochgradigen Er schöpfungszustand aufwies, und etwa drei Vierteljahre später erneut der Behandlung bedurfte, so spricht der hohe Prozentsatz der Straßenbahner und Schlosser, den diese an Er schöpfungszuständen und Frühverbrauchten liefern, dafür, daß hier die Berufsarbeit ein besonders belastendes Moment aufweisen muß. Vier unserer Straßenbahner waren oder sind viele Jahre als Führer tätig gewesen (auch von den Leuten selbst wird der Führerdienst anstrengender als der Schaffner- oder gar der Innenendienst bezeichnet) und die Schlosser arbeiteten in sehr geräuschvollen Räumen, was sie als Ursache anschildigten...

Diese von Oberarzt Dr. Vogl veröffentlichten Ergebnisse der Untersuchungen beweisen sehr deutlich, welchen Verbrauch an Nervenkraft der Beruf des Straßenbahners mit sich bringt und widerlegt sehr gut die entgegengesetzten Auffassungen. P. W.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Die Notendeckung der Reichsbank ist nach dem Reichsbankausweis vom 7. August auf 38,2 Proz. gestiegen.

Zwei Polizeioffiziere erschossen. Am Abend des 9. August verurteilten die Kommunisten auf dem Bülowplatz in Berlin erneute Unruhen. Dabei wurden zwei Polizeioffiziere erschossen, ein Polizeioberwachmeister schwer verletzt. Der Polizeipräsident hat um den Bülowplatz eine Banneile gezogen, das Karl-Liebknecht-Haus bis 20. August geschlossen und mit Polizei besetzt und die „Rote Fahne“ auf 14 Tage verboten. 23 000 M. wurden ausgesetzt zur Ergreifung der Täter. — Am 10. August wurde in Dortmund ein Polizeibeamter auf der Straße ohne Anlaß von einem Manne mit einem 25 Zentimeter langen Messer hintertäts erstochen. Der Täter ist verhaftet.

Die Pressenotverordnung vom 17. Juli 1931 ist am 10. August geändert worden. Die oberste Landesbehörde kann Rundgebungen in der Presse nur noch im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern verlangen. Weggefallen ist die Anordnung des Plafes und des Schriftgrades durch die Behörde.

Ein schweres Eisenbahnattentat ist am 9. August auf den FD-Zug 43 Frankfurt a. M.—Berlin in der Nähe von Zitterdög verübt worden. Die Schienen sind gesprengt worden. 70 Verletzte sind zu verzeichnen. Reichsregierung und Reichsbahndirektion haben je 50 000 M., also zusammen 100 000 M. Belohnung für die Ergreifung der Täter ausgesetzt.

Die Verfassungsfeier am 11. August ist allgemein unter starker Beteiligung der Bevölkerung gut verlaufen. — Die Feiern der deutschen Kolonie in New York, bei der Generalkonsul Dr. Krieb die Festrede hielt, wurde auf die deutschen Rundfunksender übertragen.

Schwere Naziüberfälle ereigneten sich am 12. August in Bielefeld und am 13. August in Iphoe. In Bielefeld stürmten 60 Hitlerbanditen mit Eichentüppeln und anderen Waffen das Volkshaus. Vier Gäste wurden durch Messerstiche schwer verletzt. Gäste und Polizei schlugen die Nazis in die Flucht. — In Iphoe überfielen die Nazis, von auswärts kommend, in großen Haufen die Stadt, wobei es zu schweren Schlägereien kam.

Die deutschnationale Wohn- und Zweckbaugesellschaft m. b. H. in Braunschweig ist infolge von Korruption zusammengebrochen.

Unsere Jugend

Heße gegen die Jugend

Der als Dokumentenfälscher entlarvte Herausgeber des „Fridericus“, F. C. Holz, hat in einer ganz ungehörigen Form unsere Arbeiterjugend heruntergerissen. Ohne Einsicht und Verständnis für die Lage unserer arbeitslosen Jugendlichen pöbelt er sie aus als „Lümmel, Mob und Straßendiebe“, denen man die „Hosen strammziehen“ und „empfindlich klarmachen“ müsse, daß sie zum Arbeiten da sind. Es sei Pflicht des Staates, „die Lümmelhaftigkeit und alles was mit der Erwerbslosigkeit zusammenhängt, mit Stumpf und Stiel auszurotten“. Die Mehrzahl der Verbrecher seien Jugendliche, „sie haben Arbeit niemals gekannt, sondern sich nur deswegen erwerbslos gemeldet, weil sie auf diese Weise einmal Geld bekommen, das sie nicht zu stehen brauchen“.

F. C. Holz, der diese vollendete Geschmacklosigkeit in seinem durch Geist sich nicht auszeichnenden Blatte schreibt, scheint nicht zu wissen, daß heute in Deutschland rund 600 000 Jugendliche schullos arbeitslos sind. Auch daß hiervon nur ein ganz geringer Teil Unterstützung bekommt, weiß der Mann, der sich so wichtig tut, nicht. Die Hauptsache ist ihm das Herunterreißen. Man ist im Zweifel, ob Unkenntnis oder Heße oder beides die folgenden Sätze diktierten:

„Gegen Müßiggang, sei er auch unerschuldet, hilft nicht Geld, hilft nicht Unterstützung, helfen nicht gute Worte und Ermahnungen. Es hilft nur Arbeit. Seine Hoheit der Lümmel wird an dem Tage all seiner Straßenherrschaft entkleidet sein, an dem man ihn dazu zwingt, mit der Gabel, mit der Schaufel, mit der Kelle, mit dem Hammer, mit der Säge, mit der Feder zu arbeiten und Werte zu schaffen.“

Wenn soviel Arbeit vorhanden ist, wie hiernach vorhanden zu sein scheint, dann her mit der Arbeit! Wir sind überzeugt, daß die Jugendlichen sich danach reißen werden. Herr Holz macht sich eines großen Verbrechens schuldig, wenn er nicht nachweist, wo die Arbeit zu finden ist. — Noch schöner sind die folgenden Sätze:

„Mögen die berufsmäßigen Heßer von der Freiheit und von den Rechten der Jugend soviel reden wie sie wollen, niemand will der deutschen Jugend ihre Freiheit rauben. Jedermann will die deutsche Jugend zu einem freien Geschlecht emporensehen. Aber Freiheit darf nicht zur Frechheit, darf nicht zur Grimaße werden. Es darf nicht dahin kommen, daß zügellose Jugend den Rest des Staates zusammenschlägt. Pflicht aller derer, die das ganze Vaterland und das ganze Volk, auch die deutsche Jugend, lieben, ist es, einzuschreiten und verwahrloste Jugend durch Arbeit und Pflichterfüllung auf den rechten Weg zu bringen. Untertätigt das deutsche Volk diese Selbstverständlichkeit deshalb, weil es sich aus Parteigründen wieder einmal nicht einigen kann über das, was notwendig ist, so ist es wert, daß es von dieser verwahrlosten und entarteten Jugend mit der Keule totgeschlagen wird.“

Holz will auf die Art des alten Frigden der deutschen Jugend das Arbeiten beibringen. Bei aller unserer Gegnerschaft gegen den großen Despoten des 18. Jahrhunderts müssen wir ihn doch gegen Holz verteidigen. Mit so wenig Geist und Kenntnis der Dinge hat der Philosoph von Sansjoui seine Sache, auch wenn sie nichts wert war, nicht vertreten. Wäre in seinem Staate, den er allein regierte, eine solche Arbeitslosigkeit vorhanden gewesen, wozu allerdings die Bedingungen fehlten, dann hätte er sich sicherlich zuerst mit der Frage beschäftigt, wie man sie beseitigen kann, und wäre nachher weitergegangen. Soviel Verstand hatte „der Alte“, der seinen Verehrern und Nachahmern, wie schon Wilhelm II. bewiesen hat, fehlt. E. U.

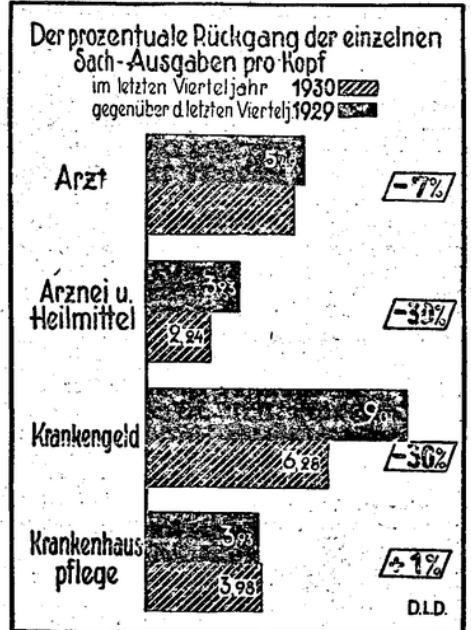
RUNDSCHAU

Kozi-, Nazi-, Stahlhelmsammer Nach dem 9. August

Millionen haben wir die Sinne verwirrt und dennoch — es hat nicht gelangt. Wir haben uns in der Rechnung geirrt! Gemeinheit! Verflucht und verdammt! Tief sahen wir mit der Karre im da sprangen die Kozi ein. [Dred, Und trotz alledem, verfehlt ist der Zwed! Zum Fenster, das ist doch gemein. Wir haben im Geist schon das Chaos gesehen,

Ruchen! Es bleibt Ordnung im Staat, Vernunft bleibt über Dummheit bestehen trotz unsrer giftigen Saat. Trotz dem gemeinsamen Einheitsbrot mit Hitler und Thälmann und Selbte und Hugenberg und auch Dingeldey: Wir liegen geschlagen im Felde. O Schmerz lag nach. Was Seine sagt, auf uns ist es zugetroffen: „Ach, heut' wie lahenjämmerlich und gestern noch so schön besoffen!“ G. Sch.

Die Auswirkungen der letztjährigen Notverordnung bei den Krankenkassen. Nunmehr liegen die ersten Zahlen vor, aus denen sich die Auswirkung der Notverordnung vom Sommer letzten Jahres auf die Krankenkassenerhebungen erkennen läßt. Bis jetzt sind jedoch erst die Zahlen aus dem letzten Vierteljahr 1930 von



den reichsgesetzten Krankenkassen zusammenge stellt. Hier zeigt sich nun, daß die Arztkosten infolge des 50-Pfennig-Erlasses um sieben Prozent gesunken sind, die Apothekerkosten um 30 Proz. für die Rechnung der Kassen. Hier muß man jedoch berücksichtigen, daß der Apotheker ja nunmehr 50 Pf. von den Patienten selbst erhält. So dürften sich die Arzneikosten pro Mitglied in Wirklichkeit nur um 20 Proz. gesenkt haben. Das Krankengeld wurde ebenfalls um 30 Proz. gesenkt, hieran dürfte neben der Notverordnung die Massenarbeitslosigkeit schuld sein. Wie sehr sich diese Zahlen auf das Einkommen der Ärzte und Apotheker auswirken werden, läßt sich vorläufig nur schätzen. Man kann annehmen, daß sich insgesamt das Einkommen jedes Arztes, berechnet im Gesamtdurchschnitt, mindestens um 10 Proz. verringern wird. Insgesamt werden die Ärzte jährlich also mindestens 60 Millionen weniger verdienen und die Apotheker mindestens 75 Millionen. Dadurch wird hauptsächlich die wirtschaftliche Not vieler kleineren Ärzte ganz bedeutend vergrößert werden.

Wachsende Bedeutung der Volksfürsorge. Im neuen Verwaltungsgebäude in Hamburg fand kürzlich die Generalversammlung der Volksfürsorge statt. Dem Gesichtspunkt der gegenwärtigen Wirtschaftslage gesehen, kann das vorjährige Geschäftsergebnis nicht nur als befriedigend, sondern als durchaus günstig bezeichnet werden. Wenn es gelang 416 000 neue Versicherungen abzuschließen, so ist dies ein Beweis des großen Vertrauens, das die Volksfürsorge in weitesten Schichten der arbeitenden Bevölkerung genießt. Der Versicherungsbestand am Ende des Vorjahres beziffert sich auf 2 186 687 Versicherungspolice mit 880 795 456 Mk. Versicherungssumme. Die Einnahmen aus Prämien und Kapitalerträgen beliefen sich 1930 auf 59 343 863,39 Mk. Die Versicherungsleistungen bei Sterbefällen erreichten 351 503,45 Mk. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Ueberfluß von 13 089 993,44 Mk. Auf Vorschlag des Vorstandes und Aufsichtsrates wurde durch die Generalversammlung die Verteilung des Ueberflusses wie folgt vorgenommen (abgerundete Zahlen): 1. Für die mit Gewinnanteilen Versicherten 11,48 Millionen Mark, 2. für den gesetzlichen und die übrigen Referresfonds 1,4 Millionen Mark, 3. für Verzinsung des Aktienkapitals 0,05 Millionen Mark, 4. Vortrag auf neue Rechnung 0,15 Millionen Mark. Diese Verteilung gestattet es wiederum, den mit Gewinnanteilen Versicherten in der Volksabteilung 30 Proz., Lebensabteilung 35 Proz. der Jahresprämie als Gewinnanteile gutzuschreiben. Darüber hinaus wird den 1924 mit Gewinnanteilen Versicherten noch nachträglich eine Erhöhung der Gewinnanteile in der Volksabteilung um 10 auf 20 Proz., Lebensabteilung um 5 auf 25 Proz. zugestanden. Diese große Leistung war nur möglich durch das enge Zusammenwirken aller Kräfte. Die aufopferungsvolle Arbeit der Funktionäre, die umsichtige Verwaltung und weitgehende Unterstützung durch die Gewerkschaften und Genossenschaften und andere befreundete Organisationen haben daran großen Anteil. Das Ergebnis des Geschäftsjahres 1930 hat erneut unter Beweis gestellt, daß die Volksfürsorge nicht nur eine gute, sondern auch eine billige Lebensversicherung bietet. — Nach zweijähriger Bauzeit nahm am 1. Juni die Volksfürsorge ihr neues Verwaltungsgebäude in Hamburg in vollem Umfange in Betrieb. Das achtgeschossige Gebäude, direkt an der Außenalster gelegen, macht einen imposanten Eindruck. Die Volksfürsorge hat von Einweihungsfeierlichkeiten abgesehen und dafür den Arbeitslosen in Hamburg eine größere Summe zur Verfügung gestellt.